



31a

V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 6

Juni 1968

Grafik des Monats: Anteile der Länder

Aufsätze:

Investitionskraft der Gemeinden

Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)

Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967

Kapitalgesellschaften 1965-1967

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1966/67	1967/68	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt November bis März <sup>1</sup>			
<b>INDUSTRIE (ohne Energie und Bau)</b>					
Produktionsindex	1958 = 100	141	147	+	4
Beschäftigte <sup>2</sup>	1 000	175	171	-	2
Umsatz <sup>2 3</sup>	Mill. DM	817	842	+	3
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2 4</sup>	Mill. Std.	23	22	-	4
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,6	7,0	-	8
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 158	2 365	+	10
<b>HANDEL</b>					
Ausfuhr	Mill. DM	141,0	137,3	-	3
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	108,9	120,3	+	10
<b>VERKEHR</b>					
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 575	4 696	+	3
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	106,4	107,0	+	1
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100 <sup>a</sup>	106,5	102,3	-	4
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte	1962 = 100 <sup>a</sup>	105,6	101,7	-	4
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100 <sup>a</sup>	110,7	99,8	-	10
Lebenshaltung <sup>5</sup>					
insgesamt	1962 = 100	114,0	115,1	+	1
Ernährung	1962 = 100	112,2	111,2	-	1
<b>GELD UND KREDIT</b>					
Bestand an					
kurzfristigen Krediten <sup>6</sup>	Mill. DM	2 098	2 230	+	6
mittel- und langfristigen Krediten <sup>7</sup>	Mill. DM	6 893	7 374	+	7
Spareinlagen <sup>8</sup>	Mill. DM	3 635	4 135	+	14
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer <sup>9</sup>	Mill. DM	57	53	-	6
Landessteuern <sup>10</sup>	Mill. DM	94	101	+	7
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	52	55	+	5
Lohnsteuer	Mill. DM	54	59	+	11

1) bei "Zum Bau genehmigte Wohnungen": August bis Dezember; bei "Industrie" und "Geld und Kredit": Oktober bis Februar

2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

3) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzügl. Umsatzsteuer

4) einschliesslich Lehrlingsstunden

5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962

6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschliesslich durchlaufender Kredite

8) Bestand am Monatsende 9) einschliesslich Umsatzausgleichsteuer / Einfuhrumsatzsteuer

10) einschliesslich Landesanteil an den Einkommensteuern a) ab Januar 1968 ohne Mehrwertsteuer

INHALT 6/68

	Seite
Aktuelle Auslese . . . . .	121
Aus dem Inhalt. . . . .	122
Aufsätze	
Die Entwicklung der Investitionskraft der Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins . . . . .	123-128
Verdienste in Industrie und Handel Oktober 1964 bis 1967 (Teil 2) . . . . .	128-136
Die Zahlungsschwierigkeiten in den Jahren 1965 bis 1967 . . . . .	136-140
Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein von 1965 bis 1967 . . . . .	140-144
Grafik des Monats . . . . .	132-133
Tabellenteil . . . . .	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie - 3. Umschlagseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 1/1968

Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)  
Kartoffeln  
Preisindex landwirtschaftlicher Betriebsmittel  
Löhne und Gehälter 1965

### Heft 2/1968

Bruttoinlandsprodukt 1966  
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)  
Baumschulen  
Steueraufkommen 1967  
Gemüseanbau

### Heft 3/1968

Volkshochschulen  
Krankenhäuser 1966  
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)  
Fremdenverkehr 1967  
Gemeindesteuern 1967  
Umsätze in freien Berufen

### Heft 4/1968

Wanderungen 1966  
Anbau und Ernte 1967  
Landeshaushalt 1966  
Verbrauch in Arbeitnehmerfamilien

### Heft 5/1968

Entwicklung der Schülerzahlen  
Geflügelwirtschaft  
Arbeitszeiten Industrie  
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)





# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 6

Juni 1968

### Aktuelle Auslese

#### Ämter im Umbruch

Mitte 1967 ist in Südtondern ein großes Gebiet von früher 7 Ämtern in 3 Ämter neu gegliedert worden. Zum 1. 1. 1968 sind im ganzen Land 15 Ämter zu 8 Ämtern umgebildet worden, und zwar in den Kreisen Eiderstedt 2 : 1, Flensburg-Land 6 : 3, Plön 4 : 2, Segeberg 3 : 2. In den Gemeinden der beteiligten Ämter lebten zum Jahreswechsel 44 000 Einwohner bei einer durchschnittlichen Größe der beteiligten Ämter von weniger als 3 000 Einwohnern, die sich durch die Umgliederung auf 5 500 Einwohner erhöhte.



#### Wohnungsbau 1967 im Bundesgebiet

Während 1967 in Schleswig-Holstein 28 700 Wohnungen fertiggestellt worden sind, das sind 0,3 % mehr als 1966, blieb die Wohnungsbauleistung im Bundesgebiet um 5,4 % hinter der des Vorjahres zurück. Auch Hamburg (+ 5,4 %) und Berlin (+ 3,1 %) hatten 1967 mehr Fertigstellungen als 1966 zu verzeichnen, alle übrigen Bundesländer jedoch weniger, und zwar bis zu - 16,4 % (Saarland) und - 13,4 % (Baden-Württemberg). Auf 100 fertiggestellte Wohnungen kamen Ende 1967 in Schleswig-Holstein 117 genehmigte, aber noch nicht fertige Wohnungen. Diese Zahl des Bauüberhangs lag für das Bundesgebiet um 7 Punkte höher (124). Für die einzelnen Länder schwankte sie erheblich zwischen 108 (Bremen) und 191 (Berlin).

#### 410 Vermögensmillionäre



Nach einem vorläufigen Ergebnis der Vermögensteuerstatistik gab es Anfang 1966 410 in Schleswig-Holstein wohnende natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von jeweils über 1 Million DM. Das sind 130 Personen mehr als Anfang 1963. Das Gesamtvermögen der Millionäre überschritt

Anfang 1966 erstmals die Milliardengrenze. Es erreichte eine Höhe von insgesamt 1,1 Milliarden DM.



#### Zahl der Selbstmorde nimmt zu

1967 haben 688 Schleswig-Holsteiner aus eigenem Entschluß ihrem Leben ein Ende gesetzt. Die Zahl der männlichen Selbstmörder (444) war fast zweimal so hoch wie die der weiblichen (244). Gegenüber 1966 (613) und 1965 (599) zeigt sich eine deutliche Zunahme der Zahl der Selbstmorde.

Fast die Hälfte aller Freitode wurde durch Erhängen oder Erdrosseln bewirkt. An zweiter Stelle folgen die Selbstmorde durch Schlaf- und schmerzstillende Mittel. 79 der 141 Selbstmörder, die auf diese Weise aus dem Leben schieden, waren Frauen. Von den 688 Selbstmördern waren 14 noch nicht 20 Jahre alt, 197 über 65 Jahre alt.



#### Tbc immer noch die häufigste der meldepflichtigen Infektionskrankheiten

Wenn die Tuberkulose auch bei weitem nicht mehr die Verbreitung wie vor einem Jahrzehnt hat, so ist sie doch immer noch die häufigste unter den nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtigen Infektionskrankheiten. 1967 war fast die gleiche Zahl an Zugängen zu verzeichnen wie 1966, nämlich 2 378. Sie setzt sich aus 1 736 Ersterkrankungen, 551 Wiedererkrankungen und 91 Zuzügen aus anderen Bundesländern zusammen. Die stark rückläufige Tendenz der vergangenen Jahre scheint damit zum Stillstand gekommen zu sein.

Der Krankenbestand geht weiter zurück. Ende 1967 waren bei den Tuberkulosefürsorgestellen der Gesundheitsämter rund 9 600 Erkrankte gemeldet, 1957 dagegen noch fast 24 800.



# Aus dem Inhalt

## Investitionskraft der Gemeinden Seite 123

Die Finanzlage einer Gemeinde muß hauptsächlich danach beurteilt werden, wieviele Mittel sie über die zwangsläufig gebundenen Ausgaben hinaus für Investitionen aufwenden kann. Da die laufenden Ausgaben einen immer größeren Teil der Gemeindefinnahmen in Anspruch nehmen, während die Allgemeinen Deckungsmittel nur leicht zunehmen oder sogar stagnieren, nimmt die Investitionskraft der Gemeinden zur Zeit ab. Innerhalb der Unmittelbaren Ausgaben beanspruchen die wiederkehrenden laufenden Verwaltungs- und Zweckausgaben 8/10 oder mehr. Ihre jährlichen Zuwachsraten von 11 % (kreisfreie Städte 18 %) waren erheblich höher als die der Allgemeinen Deckungsmittel mit nur 5 %, so daß der für Investitionen verfügbare Rest immer kleiner wurde. Der errechnete Deckungsbedarf ist von 1961 bis 1966 bei den kreisfreien Städten und in einigen Größenklassen kreisangehöriger Gemeinden stärker gestiegen als die Allgemeinen Deckungsmittel, die sich im wesentlichen aus den Steuern und den allgemeinen Finanzaufwendungen zusammensetzen. Die Steuern bleiben nach wie vor bestimmend für die Finanzkraft der Gemeinden. Im Steueraufkommen ergaben sich 1965 und 1966 nur Zuwachsraten von 1 % und 4 %. Der Möglichkeit, die sinkende Investitionskraft durch Schuldenaufnahmen auszugleichen, sind Grenzen gesetzt. Der wesentlichste Teil der Investitionen sind die Bauinvestitionen, die reichlich die Hälfte aller Ausgaben der Vermögensbewegung ausmachen.

## Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)

Seite 128

Der zweite Teil dieses Aufsatzes behandelt die Bruttowochenverdienste der Arbeiter. Sie sind bei den Männern von 1966 auf 1967 erstmalig gefallen, und zwar infolge Arbeitszeitverkürzung, die durch nur noch geringen Stundenlohnanstieg nicht mehr aufgefangen werden konnte. Im Durchschnitt aller Industriezweige und Leistungsgruppen betrug der Bruttowochenverdienst der Männer im Oktober 1967 224 DM, nachdem er in den Vorjahren ab 1964 die Beträge von 199 DM, 218 DM und 228 DM ergeben hatte. Den Frauen blieb auch in der ungünstigen letzten Periode noch eine minimale Zuwachsrate der Wochenverdienste erhalten. Die Wochenverdienste errechneten sich hier – ab 1964 – mit 117 DM, 128 DM, 136 DM und 137 DM im Oktober 1967. In den einzelnen Leistungsgruppen verlief die Entwicklung ähnlich, in den einzelnen Wirtschaftszweigen jedoch unterschiedlich. Auch die Angestellten mußten stark sinkende Zunahmen ihrer Gehälter in den letzten drei Jahren seit 1964 hinnehmen. Die männlichen kaufmännischen Angestellten verdienten 1967 im Oktober 1 052 DM, die weiblichen 663 DM. In einzelnen Zweigen

gab es sogar Rückgänge der Durchschnittsgehälter. Die technischen Angestellten bekamen im Mittel mehr, nämlich 1 240 DM (Männer) und 777 DM (Frauen). Größer als bei den Arbeitern sind die Unterschiede zwischen den Qualifikationsstufen bei den Angestellten.

## Zahlungsschwierigkeiten 1965 - 1967 S. 136

Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren hat sich 1966 und 1967 erstmals seit 1951 wieder spürbar erhöht. Von den 1967 gemeldeten 141 Insolvenzen waren 117 (1965 : 91) Konkurse und 24 Vergleichsverfahren, deren Zahl damit gegenüber 1965 (7) auf über das 3fache anstieg. Unter den 117 Konkursanträgen des Jahres 1967 mußten nur 26 % mangels Masse abgelehnt werden; dies ist der niedrigste Anteil seit 1950. Die Zunahme der Insolvenzen seit 1965 ist im wesentlichen auf Erwerbsunternehmen zurückzuführen (und nicht private Haushalte, Nachlässe, Organisationen ohne Erwerbscharakter). 88 % der insolvent gewordenen Unternehmen sind nach 1945 gegründet worden. Nach 1965 ist die Zahl der Konkurse mit großen Forderungen (1 Mill. DM und mehr) stark angewachsen, nämlich auf 10 und 5 (1966 und 1967). Die meisten Konkurse, nämlich etwa  $\frac{1}{3}$ , fallen allerdings in die Klasse mit 100 bis 500 Tsd. DM. Nach der wirtschaftlichen Gliederung liegt der Schwerpunkt der Insolvenzen im verarbeitenden Gewerbe, Baugewerbe und Handel. Bei der Beziehung der Insolvenzen auf die Zahl der bestehenden Unternehmen ragt das Baugewerbe mit der höchsten Insolvenzquote heraus, die beiden anderen Bereiche folgen erst mit größerem Abstand.

## Kapitalgesellschaften 1965 - 1967 Seite 140

Ende 1967 gab es im Lande 65 Aktiengesellschaften und 1 687 Gesellschaften mbH. Die 65 AG wiesen ein Grundkapital von 365 Mill. DM auf, die 1 687 GmbH ein Stammkapital von 662 Mill. DM. Der wahre Wert der Kapitalgesellschaften ist mit diesen Angaben über das Nominalkapital nicht bezeichnet. In den letzten drei Jahren ging die Zahl der AG um 6 zurück, ihr Grundkapital stieg gleichzeitig um 105 Mill. DM an, hauptsächlich durch die Umwandlung der Kieler Stadtwerke in eine AG. Die Zahl der GmbH stieg um 363, ihr Stammkapital um 193 Mill. DM. Auch hier sind es einzelne Gründungen oder Aufstockungen, die das Gesamtergebnis wesentlich beeinflussen. Die jeweils 15 größten AG und GmbH weisen zusammen eine ähnliche Größe an Grund- und Stammkapital auf; anders verhält es sich mit den kleineren, von denen es bei den AG nur wenige, bei den GmbH jedoch weit über 1 000 gibt, so daß deren durchschnittliche Kapitalausstattung je Unternehmen mit 0,4 Mill. DM nur einen Bruchteil derjenigen der AG von 5,6 Mill. DM erreichte.



# Die Entwicklung der Investitionskraft der Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins

Die Investitionskraft - das ist die Höhe der Mittel, die nicht zwangsläufig gebunden sind - ist ein wichtiges Kriterium der Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände. Sie wird daher nicht nur durch die Einnahmen, sondern auch durch die laufenden Ausgaben (Verwaltungs- und Zweckausgaben) der kommunalen Gebietskörperschaften bestimmt. Sie ergibt sich letztlich aus der Differenz zwischen den freiverfügbaren Einnahmen (den Allgemeinen Deckungsmitteln) und den laufenden Ausgaben. Wie im folgenden dargestellt wird, nehmen die laufenden Ausgaben, zu denen auch die Personalausgaben gehören, einen immer größeren Teil der Gemeindeeinnahmen in Anspruch, während die Allgemeinen Deckungsmittel nur leicht zunehmen oder sogar stagnieren. Die Investitionskraft nimmt also ab.

Dieser Verringerung der Investitionskraft der kommunalen Gebietskörperschaften entgegenzuwirken, ist die Hauptaufgabe der Gemeindefinanzreform. Es stehen mehrere Vorschläge zur Diskussion. Nach den neuesten Plänen des Bundesfinanzministeriums sollen die Gemeinden Mittel aus der Erhöhung der Mineralölsteuer weiterhin zusätzlich für die Finanzierung gemeindlicher Verkehrsaufgaben erhalten. Ferner sollen sie als Ersatz für die konjunkturrempfindliche Gewerbesteuer - 40% des Aufkommens sind an Bund und Länder abzuführen - an dem Aufkommen der Einkommensteuer beteiligt werden. Ob die Gemeindefinanzreform in dieser Form durchgeführt wird, ist jedoch noch völlig offen, da einige Länder und auch die kommunalen Spitzenverbände andere Vorstellungen haben.

Bis 1964 waren für die Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins hohe Zuwachsraten auf dem Investitionssektor zur Selbstverständlichkeit geworden. Gewarnt wurde nur von den Aufsichtsbehörden, wenn die Belastungsgrenze der Verschuldung erreicht schien. Als Alarmzeichen galt, wenn der den ordentlichen Haushalt voll belastende Schuldendienst mehr als 10% der Steuern und Schlüsselzuweisungen beanspruchte.<sup>1</sup>

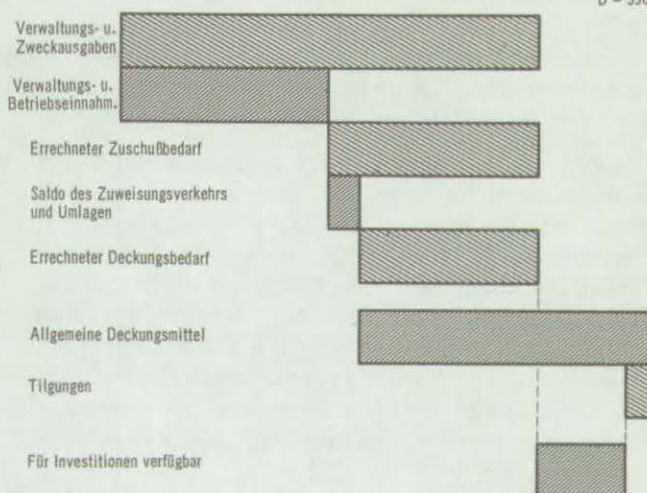
Trotz verstärkter und konzentrierter Investitionshilfe durch das Land (Investitionsfonds) wiesen die kommunalen Gebietskörperschaften 1965 und 1966 beträchtlich verringerte Bauinvestitionen nach.

Die Investitionskraft der Gemeinden und Gemeindeverbände resultiert aus den im folgenden und im Bild dargestellten Faktoren.

<sup>1</sup>) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 9 (Januar)

## Die finanzstatistischen Begriffe und ihr Zusammenhang

D - 3906



### Verwaltungs- und Zweckausgaben

Wie bereits oben angedeutet, beeinflussen die Verwaltungs- und Zweckausgaben die Investitionskraft der Gemeinden und Gemeindeverbände erheblich. Diese in jedem Jahr wiederkehrenden sogenannten laufenden Ausgaben bilden einen festen Block innerhalb der Aufwendungen der Gemeindehaushalte. Sie beanspruchten 1966 beinahe acht Zehntel der Unmittelbaren Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, bei den kreisfreien Städten machte der Anteil sogar 86% aus.

Seit 1961 betragen die Zuwachsraten der Verwaltungs- und Zweckausgaben im Durchschnitt

### Verwaltungs- und Zweckausgaben

Größenklasse	DM je Einwohner		Veränderung 1966 gegenüber	
	1961	1966	1961	1966
			in %	
Kreisfreie Städte	355	573	+ 61	+ 16
mit 200 000 und mehr Einwohnern	371	600	+ 62	+ 18
mit 50 000 bis unter 100 000 Einw.	307	489	+ 59	+ 10
Kreisangehörige Gemeinden mit ... Einw.				
20 000 und mehr	193	305	+ 58	+ 9
10 000 bis unter 20 000	162	218	+ 35	+ 10
5 000 " " 10 000	107	181	+ 69	+ 7
3 000 " " 5 000	98	152	+ 55	+ 8
2 000 " " 3 000	56	100	+ 79	+ 11
1 000 " " 2 000	57	88	+ 54	+ 9
weniger als 1 000	46	85	+ 85	+ 9
Ämter	19	30	+ 58	+ 11
Kreisverwaltungen	87	132	+ 52	+ 6
Gemeinden u. Gemeindeverbände	243	386	+ 59	+ 11



bis zu 11%, bei den kreisfreien Städten dehnten sie sich teilweise bis zu 18% aus. Werden diese Zuwachsraten mit den entsprechenden Mehreinnahmen der Allgemeinen Deckungsmittel verglichen, so ist festzustellen, daß die durchschnittlichen Zuwachsraten der Allgemeinen Deckungsmittel in den letzten vier Jahren nur bis zu 5% ausmachten. Hier zeigt sich schon, daß in steigendem Maße immer mehr Allgemeine Deckungsmittel für die Finanzierung der laufenden Ausgaben verbraucht werden müssen, also die Investitionskraft eingeschränkt wird.

Die hohen Anteile der Personalausgaben beeinflussen entscheidend die hohen Zuwachsraten der Verwaltungs- und Zweckausgaben. Sie machen durchschnittlich knapp die Hälfte der laufenden Ausgaben aus. Während die Personalausgaben bei den kleinen Gemeindegrößenklassen mit weniger als 5 000 Einwohnern einschließlich der Ämter reichlich ein Drittel ausmachen, steigen sie mit wachsender Größenklasse und beanspruchen bei den kreisfreien Städten schon 54%.

#### Verwaltungs- und Betriebseinnahmen

Ein Teil der laufenden Ausgaben wird durch laufend wiederkehrende spezielle Einnahmen finanziert. Es sind vor allem Gebühren, Entgelte, Mieten, Pachten, Zinsen und Zuweisungen von Schul- und Zweckverbänden, die die Hälfte der Verwaltungs- und Zweckausgaben einbringen.

Während bei den kreisfreien Städten diese Einnahmen 1961 gut die Hälfte der Verwaltungs- und Zweckausgaben deckten, zeigt der Finanzierungsanteil in den nächsten Jahren eine fallende Tendenz. Dagegen ist bei den kreisangehörigen Gemeinden eine Verstärkung dieser speziellen Einnahmen festzustellen. Die Anteile schwanken 1966 zwischen 36% bei den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und fast neun Zehntel bei den Gemeinden mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern.

Interessant ist, daß es den Kreisverwaltungen gelang, diese Einnahmen seit 1955 mit vier Zehnteln unverändert den gestiegenen laufenden Ausgaben anzupassen.

Die Gebühren und Entgelte machen fast sieben Zehntel sämtlicher Verwaltungs- und Betriebseinnahmen aus. Sie finanzieren bei den kreisfreien Städten und den größeren Gemeinden reichlich ein Drittel bis zur Hälfte der Verwaltungs- und Zweckausgaben.

#### Zuschuß- und Deckungsbedarf

Der über die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen hinausgehende Betrag der Verwaltungs- und Zweckausgaben wird Zuschußbedarf genannt.

Es ist ein errechneter Zuschußbedarf der vermögensunwirksamen Rechnung.

Eine Zusammenfassung des Zuschußbedarfs, der Umlageausgaben und des Saldos der speziellen Zuweisungen - ohne solche für Investitionen - ergibt den Deckungsbedarf.

Der Bedarf zeigt nur die Höhe der Aufwendungen eines Rechnungsjahres, der durch die Einnahmen des gleichen Jahres finanziert werden muß. Er muß sich also zwangsläufig nach den zu erwartenden Einnahmen richten. Wird dies nicht beachtet, werden also Leistungen, Personalausgaben, Umlagen und andere Ausgaben ohne Blick auf die Finanzierungsmöglichkeiten erhöht, dann wird sich die Schere zwischen dem Deckungsbedarf und den Allgemeinen Deckungsmitteln so weit öffnen, daß diese Lücke nicht mehr aus eigener Kraft geschlossen werden kann.

Die nachstehende Übersicht zeigt, daß der Deckungsbedarf teilweise bedeutend stärker gestiegen ist als die Allgemeinen Deckungsmittel.

Besonders kurz ist die Decke bei den kreisfreien Städten. Hier ist die Zuwachsrate des Deckungsbedarfs gegenüber 1961 doppelt so hoch wie die der Allgemeinen Deckungsmittel.

Diese kritische Entwicklung entstand 1965. Einer durchschnittlichen Erhöhung des Deckungsbedarfs bei allen Größenklassen von 8 bis 30% standen Zuwachsraten der Allgemeinen Deckungsmittel zwischen 4 und 12% gegenüber.

Deckungsbedarf und Allgemeine Deckungsmittel 1966

Größenklasse	Errechneter Deckungsbedarf		Allgemeine Deckungsmittel	
	Zunahme DM je Einw.	Zunahme 1961 gegenüber 1961 in %	Zunahme DM je Einw.	Zunahme 1961 gegenüber 1961 in %
Kreisfreie Städte	252	84	320	40
mit 200 000 und mehr Einw.	277	85	338	40
mit 50 000 - 100 000 Einw.	180	78	267	41
Kreisangehörige Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern	134	37	264	45
10 000 bis unter 20 000 Einw.	129	28	217	23
5 000 bis unter 10 000 "	110	20	210	30
3 000 bis unter 5 000 "	115	39	206	39
2 000 bis unter 3 000 "	72	6	186	46
1 000 bis unter 2 000 "	108	38	188	40
weniger als 1 000 "	126	59	185	50
Ämter	0	0	3	0
Kreisverwaltungen	14	367	41	58
Gemeinden und Gemeindeverbände	167	61	271	41

#### Allgemeine Deckungsmittel

Die Deckungsmittel setzen sich im wesentlichen aus den Steuern und den Allgemeinen Finanzaufweisungen zusammen. Die außerdem



einbezogenen steuerähnlichen Einnahmen wie nichtverteilte Jagdpacht, Spielbankabgaben, Verwaltungskostenzuschüsse u. a. machen nur etwa 1% der Deckungsmittel aus.

Die Steuern stellen den größten Posten. Ihr Gewicht hat sich jedoch nicht unerheblich verringert. Während die Steuern 1961 noch reichlich drei Viertel der Allgemeinen Deckungsmittel ausmachten, sind es 1966 nur noch knapp zwei Drittel. Dafür hat sich der Anteil der Allgemeinen Finanzausweisungen im gleichen Berichtszeitraum von reichlich einem Fünftel auf ein Drittel erhöht. Für die Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften haben die Allgemeinen Finanzausweisungen also ein immer stärker werdendes Gewicht.

Die Steuern jedoch sind und bleiben bestimmend für die eigene Finanzkraft der Gemeinden. Gemessen an den Vorjahresergebnissen weist das Steueraufkommen 1965 und 1966 bei den einzelnen Gemeindegrößenklassen beträchtliche Mindereinnahmen oder nur geringe Zuwachsraten auf. Die Zuwachsrate des gesamten Steueraufkommens machte 1965 nur 1% und 1966 4% aus. Die Gemeinden Schleswig-Holsteins lagen mit ihrem Steueraufkommen beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt, und dieser Abstand hat sich noch vergrößert. Während die kreisfreien Städte 1965 den Bundesdurchschnitt noch zu 80% erreichten, brachten sie es 1966 nur auf 76%. Bei den kreisangehörigen Gemeinden machten diese Werte 85% und 83% aus.

#### Die Investitionskraft

Nach der Finanzierung des Deckungsbedarfs und der Tilgungen des ordentlichen Haushalts mit den zur Verfügung stehenden Allgemeinen Deckungsmitteln bleiben Mehreinnahmen, die in dieser Untersuchung als Investitionskraft

bezeichnet werden. Diese Mittel verbleiben den kommunalen Gebietskörperschaften als eigene Einnahmen des ordentlichen Haushalts für Investitionsleistungen.

Die Tilgungen des ordentlichen Haushalts sind bereits bei der folgenden Investitionskraft berücksichtigt, also abgesetzt worden. Diese Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, deren bisherige Zuordnung zu den Ausgaben der Vermögensbewegung umstritten war, werden in der z. Zt. in Vorbereitung befindlichen, einheitlichen Systematik von Bund, Ländern und Gemeinden den laufenden Ausgaben zugeordnet werden.

Interessant ist, daß die Tilgungsbelastungen in den letzten Jahren bei allen Größenklassen von 3 000 und mehr Einwohnern nahe beieinander liegen. Sie bewegen sich zwischen 20 und 28 DM je Einwohner.

Bei den kreisfreien Städten ist eine laufende Abnahme der Investitionskraft festzustellen. Reichlich zwei Drittel macht die Abnahme der Investitionskraft seit 1962 bei den kreisfreien Städten mit 200 000 und mehr Einwohnern aus. Auch die Städte mit weniger als 100 000 Einwohnern zeigen von 1963 bis 1965 eine ständige Abnahme ihrer frei verfügbaren Mittel. Bei den übrigen Gemeindegrößenklassen zeigt sich diese negative Entwicklung verstärkt in den letzten Jahren. Daran ändert auch eine gelegentliche beträchtliche Zuwachsrate nichts, die aus einem einmalig verbesserten Steueraufkommen, unterschiedlichen Tilgungsleistungen sowie anderen von Jahr zu Jahr schwankenden Finanzvorfällen entstanden sein kann. Diese Schwankungen können durchaus auch in den Fällen entstehen, wo die DM-je-Einwohner-Beträge als schmale Basis die Entwicklung der Zuwachsrate des folgenden Jahres entsprechend hochschnellen läßt. Die in dieser Untersuchung allgemein verwandten DM-je-Einwohner-Beträ-

#### Investitionskraft

Größenklasse	1961	1962	1963	1964	1965	1966	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
	DM je Einwohner						1963	1964	1965	1966	1962 in %
Kreisfreie Städte	73	98	74	62	61	42	- 24	- 16	- 2	- 31	- 57
mit 200 000 und mehr Einwohnern	73	99	71	63	67	33	- 28	- 11	+ 6	- 51	- 67
mit 50 000 bis unter 100 000 Einw.	73	92	83	58	43	67	- 10	- 30	- 26	+ 56	- 27
Kreisangehörige Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern	72	92	96	99	72	104	+ 4	+ 3	- 27	+ 44	+ 13
10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	62	72	74	78	71	63	+ 3	+ 5	- 9	- 11	- 12
5 000 bis unter 10 000 "	59	66	65	73	72	77	- 2	+ 12	- 1	+ 7	+ 17
3 000 bis unter 5 000 "	55	85	80	89	75	68	- 6	+ 11	- 16	- 9	- 20
2 000 bis unter 3 000 "	53	81	70	73	85	98	- 14	+ 4	+ 16	+ 15	+ 21
1 000 bis unter 2 000 "	47	60	59	73	77	66	- 2	+ 24	+ 5	- 14	+ 10
weniger als 1 000 "	37	49	47	55	52	48	- 4	+ 17	- 5	- 8	- 2
Ämter	2	2	2	2	2	2	0	0	0	0	0
Kreisverwaltungen	20	38	25	25	26	24	- 34	-	+ 4	- 8	- 37
Gemeinden u. Gemeindeverbände	74	104	88	91	86	81	- 15	+ 3	- 5	- 6	- 22



ge müssen für die Entwicklungsdaten verwendet werden, da nur sie die Verschiebung einzelner Gemeinden in andere Größenklassen ausgleichen.

Wird die Investitionskraft in den Gemeindegrößenklassen als Finanzierungsanteil an den Ausgaben der Vermögensbewegung gemessen, dann wird ihre beträchtliche Abnahme nochmals bestätigt.

Während die kreisfreien Städte 1962 noch die Möglichkeit hatten, ein Drittel ihrer Vermögensaufwendungen (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt ohne Tilgung) mit eigenen Mitteln zu finanzieren, sank dieser Anteil 1966 auf ein Sechstel. Diese Einengung der Investitionskraft ist auch bei allen anderen Gemeindegrößenklassen festzustellen.

Der Möglichkeit, die sinkende Investitionskraft durch verstärkte Schuldenaufnahmen auszu-

gleichen, sind Grenzen gesetzt. Schon in den zurückliegenden Jahren mußten die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Investitionen durch Schuldenaufnahmen - im Verhältnis zu ihrer Steuerkraft - gegenüber dem Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich hoch finanzieren. Einige Gemeindegrößenklassen überschritten den Bundesdurchschnitt erheblich. So z. B. die Gemeinden mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 17%, die Kreisverwaltungen um 7%. Alle Gemeindegrößenklassen liegen bei Berücksichtigung ihrer Steuerbelastungsfähigkeit über dem Durchschnitt der Neuverschuldung aller Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebiets.

Bei einem Vergleich der Investitionskraft in der nachstehenden Übersicht ist außerdem zu berücksichtigen, daß sich der Baupreisindex seit 1962 um 16% erhöht hat.

#### Die Investitionskraft der Gemeinden und Gemeindeverbände

- Ordentlicher Haushalt -

- DM je Einwohner -

Ausgabe-/Einnahmeart	1962		1966	
	insgesamt	darunter kreisfreie Städte	insgesamt	darunter kreisfreie Städte
1. Verwaltungs- und Zweckausgaben	265	385	386	573
Personalausgaben	128	209	184	309
Zinsen	12	18	21	33
Zuweisungen an Zweckverbände u. a.	9	8	17	16
sonstige Verwaltungs- und Zweckausgaben	115	150	164	215
2. Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	134	204	192	270
darunter Gebühren, Entgelte	88	138	133	192
3. Errechneter Zuschußbedarf (Ifd. Nr. 1 abzüglich Ifd. Nr. 2)	132	181	194	302
4. Saldo des Zuweisungsverkehrs (ohne Zuweisungen für Investitionen, Umlagen und allgemeine Finanzzuweisungen)	20	27	28	50
5. Umlagen zusammen	0	0	0	0
6. Errechneter Deckungsbedarf (Ifd. Nr. 3 abzüglich Nr. 4 und 5)	112	155	167	252
7. Allgemeine Deckungsmittel zusammen	233	272	271	320
darunter Steuern	149	207	180	250
Allgemeine Finanzzuweisungen (Saldo)	80	62	90	65
darunter Schlüsselzuweisungen	70	50	65	41
8. Tilgungen	17	20	24	26
9. Für Investitionen verfügbar (Ifd. Nr. 7 abzüglich Ifd. Nr. 6 und 8)	104	98	81	42

#### Stand der Bauinvestitionen

Die in den Rechnungsergebnissen der Gemeinden und Gemeindeverbände nachgewiesenen Bauinvestitionen geben Aufschluß über die bisherige Investitionskraft der kommunalen Gebietskörperschaften. Die Bauinvestitionen machen reichlich die Hälfte aller Ausgaben der Vermögensbewegung aus.

Eine Zusammenfassung der bisher durchgeführten Investitionen für Schulen, Straßen, Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen zeigt, daß auch die Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins mit größter Initiative den Wiederaufbau und Ausbau ihres

Gemeindegebiets vorangetrieben haben. Von 1950 bis 1966 wurden insgesamt 3,5 Milliarden DM an Bauinvestitionen ausgewiesen, das ist ein Fünftel der Gesamtausgaben. Knapp neun Zehntel dieser Aufwendungen wurden in den letzten 12 Jahren geleistet.

Schwerpunkt der Investitionen sind nachstehende Bereiche:

Straßenbau	37 %
Schulbau	19 %
Öffentliche Einrichtungen (Stadtentwässerung, Feuerlöschwesen, Marktwesen u. a.)	18 %
Wirtschaftsunternehmen	6 %



## Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften · 1950 - 1966



Eine Aufgliederung der Bauinvestitionen nach Gemeindegrößenklassen zeigt nachstehende Anteile:

Kreisfreie Städte	27 %
Amtsangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern	
20 000 und mehr	9 %
10 000 bis unter 20 000	9 %
weniger als 10 000 und Ämter	41 %
Kreisverwaltungen	14 %

Der überraschend hohe Anteil der Investitionen bei den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern ist darauf zurückzuführen, daß diese Gemeinden 42% sämtlicher Aufwendungen für den Straßenbau erhielten.

Ein Vergleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden des Bundesgebiets zeigt immer

wieder, daß die Investitionskraft der kommunalen Gebietskörperschaften Schleswig-Holsteins trotz aller Hilfen des Landes und des Bundes die Beträge der anderen Länder nicht einmal annähernd erreicht. Eine Zusammenfassung der Bauinvestitionen von 1961 bis 1965 ergibt, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins die entsprechenden Investitionsleistungen der kommunalen Gebietskörperschaften des Bundesgebiets nur zu 80% erreichten.

Bis einschließlich 1964 wurden bei allen Gemeindegrößenklassen erhebliche Zuwachsraten für Bauinvestitionen ausgewiesen. Ab 1965 beginnt sich schon ein allgemeiner Rückgang der Investitionen abzuzeichnen, der sich 1966 bei fast allen Größenklassen verstärkt fortsetzt.

## Bauinvestitionen

Größenklasse	1961	1962	1963	1964	1965	1966	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
	DM je Einwohner						1962	1963	1964	1965	1966
Kreisfreie Städte	113	131	136	169	167	149	16	4	24	- 1	- 11
mit 200 000 und mehr Einwohnern	122	144	141	186	189	168	18	- 2	32	2	- 11
mit 50 000 bis unter 100 000 Einw.	85	91	119	120	102	94	7	31	1	- 15	- 8
Kreisangehörige Gemeinden mit											
20 000 und mehr Einwohnern	102	101	96	113	122	147	- 1	- 5	18	8	20
10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	109	115	131	155	146	153	6	14	18	- 6	5
5 000 bis unter 10 000 "	108	107	144	190	184	179	- 1	35	32	- 3	- 3
3 000 bis unter 5 000 "	106	141	152	183	204	168	33	8	20	11	- 18
2 000 bis unter 3 000 "	74	109	174	192	154	177	47	60	10	- 20	15
1 000 bis unter 2 000 "	95	117	130	146	159	137	23	11	12	9	- 14
weniger als 1 000 "	75	86	105	131	113	103	15	22	25	- 14	- 9
Ämter	3	3	3	6	5	4	0	0	100	- 17	- 20
Kreisverwaltungen	21	23	29	27	25	23	10	26	- 7	- 7	- 8
Gemeinden und Gemeindeverbände	116	131	149	176	173	164	13	14	18	- 2	- 5



Nachstehende Gründe waren hierfür bestimmend:

Einengung der eigenen Investitionskraft durch die überdurchschnittlich steigenden Verwaltungs- und Zweckausgaben (laufende Ausgaben)

Geringe Zuwachsraten beim Steueraufkommen

Grenzen der Belastungsfähigkeit durch den Schuldendienst

Verknappung des Kreditmarktes.

Peter Hübsch

## Verdienste in Industrie und Handel

Oktober 1964 bis 1967, Teil 2

Die Bruttowochenverdienste sind das Produkt von bezahlter Arbeitszeit und Stundenverdienst. Da die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit, die sich aus den geleisteten Stunden und den bezahlten Ausfallstunden (z. B. für bezahlten Urlaub, gesetzliche Feiertage, bezahlte Arbeitspausen) zusammensetzt, seit Oktober 1964 für alle männlichen Industrie- und Bauarbeiter um zwei Stunden, und zwar von 46,2 auf 44,2 Stunden, zurückgegangen ist, sind die Wochenverdienste von diesem Faktor her ungünstig beeinflusst worden. Dem steht die Erhöhung der Stundenlöhne gegenüber, die, wie im Teil 1 gezeigt wurde, im gleichen Zeitraum 17,6% betragen hat.

Der Bruttowochenverdienst der Männer in der gesamten Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau), der im Oktober 1964 199 DM betrug, stieg Oktober 1965 auf 224 DM und 1966 auf 228 DM. 1967 fiel er dann erstmals auf 224 DM. Die relative Veränderung von

Jahr zu Jahr machte + 9,5, + 4,6 und - 1,8% aus. Die Lohnerhöhungen hatten früher die Auswirkungen der effektiven Arbeitszeitverkürzungen - die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen sind jeweils durch den sogenannten Lohnausgleich aufgefangen worden - übertroffen, im letzten Jahr konnten sie sie jedoch nicht mehr kompensieren. Während der Bruttostundenlohn auch noch von Oktober 1966 auf 1967, wenn auch unerheblich, stieg, ist der Bruttowochenlohn zum ersten Mal in diesem Jahr gefallen, wovon nicht unbedingt jeder einzelne Arbeiter betroffen gewesen sein muß.

Die Wochenlöhne für Frauen stiegen von Oktober 1964 bis Oktober 1967 von 117 DM über 128 und 136 DM auf 137 DM, d. h. um 9,4; 6,3 und 0,7%. Hier verlangsamte sich der Anstieg von 1966 auf 1967 zwar gegenüber den Vorjahren fast bis zum Stillstand, eine Umkehr der Entwicklung wie bei den Männern ist jedoch nicht eingetreten.

Der Bruttowochenlohn der männlichen Facharbeiter ist von Oktober 1964 bis 1966

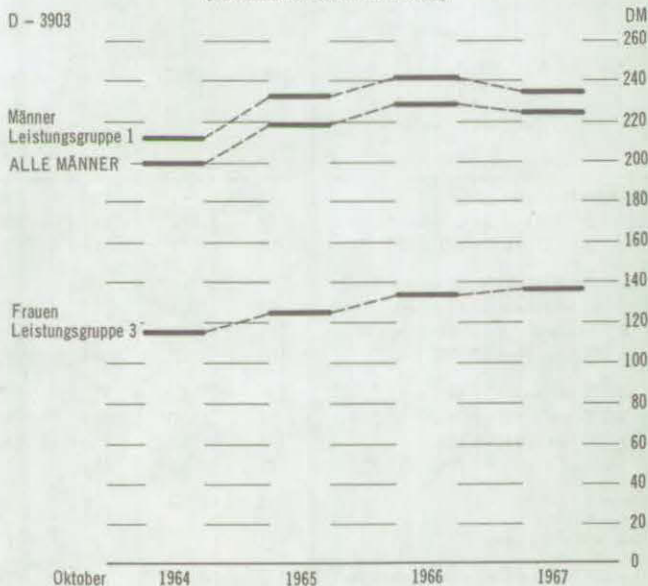
Bruttowochenverdienst in DM

m = männlich, w = weiblich

Wirtschaftsbereich	Bruttowochenverdienst in DM - Oktober -				
			Veränderung <sup>1</sup> gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %		
	1964	1967	1965	1966	1967
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau)	m	199 224	9,5	4,6	- 1,8
	w	117 137	9,4	6,3	0,7
Erdöl- und Torfgewinnung	m	185 192	10,3	- 2,0	- 4,0
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	m	176 228	14,8	8,9	3,6
	w	119 154	17,6	7,9	2,0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	m	199 214	6,0	4,7	- 3,2
	w	123 143	6,5	6,9	2,1
Investitionsgüterindustrien	m	191 211	6,8	5,4	- 1,9
	w	117 137	8,5	5,5	2,2
Verbrauchsgüterindustrien	m	197 231	9,6	7,4	- 0,4
	w	123 139	7,3	7,6	- 2,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	m	190 228	11,6	7,1	0,4
	w	109 132	10,1	8,3	1,5
Hoch- und Tiefbau	m	209 237	12,9	2,5	- 2,1

1) kein Vorzeichen: Zunahme

Bruttowochenverdienste in der Industrie  
(einschließlich Hoch- und Tiefbau)





gestiegen (211, 232, 241 DM), von Oktober 1966 bis 1967 jedoch auf 236 DM gefallen. Das gleiche gilt für den Wochenlohn der Leistungsgruppen 2 und 3 der angelernten und ungelerten Arbeiter, der ebenfalls im Oktober 1967 erstmals von 211 auf 207 DM und von 203 auf 200 DM absank. Das Umschlagen der Entwicklungsrichtung des Wochenlohnes hat also alle Leistungsgruppen betroffen.

Der Wochenverdienst der Facharbeiter lag um 5,4% über dem Gesamtdurchschnitt der Wochenverdienste aller Männer, der im Oktober 1967 224 DM ausmachte, der der Angelernten um 7,6% und der der Ungelernten um 10,7% darunter.

Der höchste durchschnittliche Bruttowochenverdienst der männlichen Arbeiter ergab sich im Oktober 1967 mit 270 DM in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie, darunter für Facharbeiter sogar mit 295 DM, und der niedrigste mit 147 DM in den Spinnereien, während die Frauen wöchentlich zwischen 172 DM in der Ölmühlen- und Margarineindustrie und 118 DM in den übrigen Nahrungs- und Genußmittelindustrien verdienten. Die männlichen Arbeiter im Hoch- und Tiefbau erhielten einen über dem Durchschnitt liegenden Wochenverdienst von 237 DM, darunter in der Leistungsgruppe 1, der fast drei Viertel der Gesamtzahl aller Bauarbeiter angehörten, 245 DM.

Die höchsten Frauen-Wochenlöhne lagen um 36,3% unter dem höchsten nachgewiesenen Verdienst der Männer.

#### Bruttomonatsverdienste der Angestellten

Die männlichen kaufmännischen Angestellten in Industrie, Handel, in den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe verdienten durchschnittlich im Oktober der Jahre 1964 bis 1967 887, 962, 1 034 und 1 052 DM. Der Anstieg belief sich auf 8,5, 7,5 und 1,7%. Auch hier ist also die Zunahme von 1966 auf 1967, gemessen an dem Zuwachs der Vorjahre, stark zurückgegangen. Die Folgen des konjunkturellen Rückgangs haben sich somit nicht nur auf die Arbeiterlöhne, sondern auch auf die Angestelltengehälter ausgewirkt.

Das gleiche gilt von den Gehältern der weiblichen kaufmännischen Angestellten, die im Berichtszeitraum von 550 DM über 604 und 649 DM auf 663 DM angestiegen waren und demnach Zuwachsraten von 9,8, 7,5 und 2,2% zu verzeichnen hatten. In den Nahrungs- und Genußmittelindustrien steigerte sich das Durchschnittsgehalt der weiblichen kaufmännischen Angestellten im letzten Jahr noch um 4,1%.

Das Gehaltsniveau stieg damit gegenüber Oktober 1964 insgesamt bei den Männern um 18,6% und bei den Frauen um 20,5%. Daraus läßt sich eine Entwicklung erkennen, die schon früher beobachtet wurde<sup>2</sup>, daß sich nämlich - ebenso wie bei den Arbeitern - die Frauenverdienste relativ an die der Männer annähern. Das gleiche gilt, wie sich noch zeigen wird, von den Gehältern der männlichen und weiblichen technischen Angestellten, deren Zuwachsraten 14,8% und 16,1% betragen.

#### Bruttomonatsverdienst der kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel

m = männlich, w = weiblich

Wirtschaftsbereich	Bruttomonatsverdienst in DM				
	- Oktober -		Veränderung <sup>1</sup> gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %		
	1964	1967	1965	1966	1967
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau)	m	967 1 159	7,8	8,5	2,5
	w	635 758	7,4	6,7	4,1
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	m	903 1 117	7,1	9,4	5,6
	w	681 858	8,2	6,9	8,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	m	973 1 132	4,0	10,0	1,7
	w	666 801	6,8	8,0	4,3
Investitionsgüterindustrien	m	941 1 081	4,4	7,1	2,8
	w	630 726	5,9	6,0	2,7
Verbrauchsgüterindustrien	m	1 021 1 268	9,3	12,6	0,9
	w	632 775	8,9	7,4	4,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	m	1 001 1 206	11,6	5,6	2,2
	w	622 754	9,3	6,5	4,1
Hoch- und Tiefbau	m	989 1 234	12,0	10,3	1,0
	w	614 753	7,7	8,3	5,2
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	m	853 1 006	8,7	6,9	1,5
	w	516 625	11,0	7,5	1,5
Großhandel	m	824 963	7,8	5,7	2,6
	w	539 631	9,8	4,4	2,1
Einzelhandel	m	829 981	11,0	6,6	0,0
	w	475 573	12,4	7,7	- 0,3
Kredit- u. sonstige Finanzierungsinstitute	m	962 1 150	6,4	8,5	3,5
	w	650 789	6,5	10,7	3,0
Versicherungsgewerbe	m	918 1 033	11,3	7,4	- 5,9
	w	585 751	9,4	15,0	2,0
Handelsvermittlung	m	848 (1 097)	11,1	12,8	(3,2)

1) kein Vorzeichen: Zunahme

Die Entwicklung der Gehälter verlief in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) einerseits und im Handel (einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) andererseits verschieden, in der Tendenz stimmten sie jedoch überein. Die männlichen kaufmännischen Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) hatten von 1964 bis 1967 Zuwachsraten von 7,8, 8,5 und 2,5%, im Handel von 8,7, 6,9 und 1,5%; die

2) Vgl. "Die Verdienste in Industrie, Handel und Handwerk 1957 und 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 51 (Februar)



weiblichen hatten Zuwachsraten von 7,4, 6,7 und 4,1% in Industrie und Baugewerbe und 11,0, 7,5 und 1,5% im Handel.

In jedem Fall erscheint die Aufwärtsentwicklung von 1966 zu 1967 gegenüber den früheren Jahren stark abgeschwächt. Im Einzelhandel erlitten die Gehälter der Frauen sogar eine geringe Einbuße von 0,3%, im Versicherungsgewerbe die der Männer eine starke von 5,9%, nachdem letztere von Oktober 1964 zu 1965 um 11,3% und im folgenden Jahr um 7,4% gestiegen waren. Im Hoch- und Tiefbau stufte sich der jährliche Zuwachs der Verdienste bei den männlichen kaufmännischen Angestellten von 12% im Jahre 1965 über 10,3% im Jahre 1966 auf 1,0% im Jahre 1967 besonders augenfällig herunter. Auch die Gehälter der männlichen technischen Angestellten folgten dieser Entwicklung, und zwar unterlagen sie einer Veränderung von einer 8- und 7%igen jährlichen Zunahme in eine Abnahme von 1,3%. Auch in den Verbrauchsgüterindustrien gab es eine Abnahme von 0,1% bei den Frauen. Diese Abschwächung der Aufwärtsentwicklung oder gar Abnahme der Effektivverdienste ist in keinem Fall auf Verringerung der Gehaltsätze in den Lohntarifverträgen zurückzuführen.

Vergleicht man den Anstieg der Gehälter der männlichen Angestellten von 1964 bis 1967 mit dem des Stundenlohnes der männlichen Arbeiter, so zeigt sich, daß die Arbeiterlöhne relativ nur unwesentlich stärker gewachsen sind als die Gehälter der männlichen Ange-

stellten. Bei den männlichen Arbeitern betrug der Lohnzuwachs im Berichtszeitraum 17,6%, bei den männlichen Angestellten dagegen 17,1%. Bei den Frauen ergab sich das gleiche Verhältnis, nämlich 19,6% zu 19,1%.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der männlichen kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel blieben wie gewöhnlich hinter den Verdiensten der technischen Angestellten zurück; die ersteren erhielten im Oktober 1967 im Schnitt 1 052 DM, die letzteren 1 240 DM. Das macht einen Unterschied von 18% aus. Dabei waren 75% aller männlichen Angestellten kaufmännische und 25% technische Angestellte. Von den Frauen waren 96% kaufmännische Angestellte und nur 4% technische, sie verdienten 663 und 777 DM monatlich (17,2% Unterschied).

In den vier Leistungsgruppen erzielten die Männer im Oktober 1967 folgende Durchschnittsverdienste:

Leistungsgruppe	Kaufmännische Technische Angestellte - DM -	
	V	667
IV	795	943
III	1 089	1 197
II	1 358	1 577

Für die Frauen betragen die Verdienste im Berichtszeitraum:

Leistungsgruppe	Kaufmännische Technische Angestellte - DM -	
	V	555
IV	607	730
III	829	931
II	1 146	(1 501)

Bruttomonatsverdienst der technischen Angestellten in der Industrie

m = männlich, w = weiblich

Wirtschaftsbereich		Bruttomonatsverdienst in DM - Oktober -				
		1964		Veränderung <sup>1</sup> gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %		
		1964	1967	1965	1966	1967
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau)	m	1 090	1 248	6,4	6,0	1,5
	w	671	782	5,5	5,9	4,3
Erdöl- und Torfgewinnung	m	1 068	1 130	18,5	(- 4,9)	(- 6,1)
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	m	1 068	1 258	5,6	7,8	3,5
	w	648	815	(12,5)	(2,9)	8,7
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	m	1 116	1 301	3,8	9,5	2,6
	w	850	999	0,1	9,4	7,3
Investitionsgüterindustrien	m	1 043	1 187	6,6	4,8	1,9
	w	606	708	5,0	7,7	3,4
Verbrauchsgüterindustrien	m	1 150	1 309	6,2	5,9	1,2
	w	694	800	11,1	3,9	- 0,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	m	1 096	1 265	4,5	5,9	4,3
	w	777	882	5,1	1,7	6,1
Hoch- und Tiefbau	m	1 248	1 428	7,9	7,4	- 1,3

1) kein Vorzeichen: Zunahme

In Leistungsgruppe II wurde also mehr als das Doppelte der Leistungsgruppe V verdient.

Daß die Spannweite zwischen dem Stundenlohn der höchsten und niedrigsten Leistungsgruppe der Arbeiter in der Industrie nicht so groß ist wie beim Monatsgehalt der Angestellten, sondern bei den Männern nur 21% und bei den Frauen 11% betrug, ist darin begründet, daß bei den Arbeitern alle gelernten Kräfte in einer Leistungsgruppe zusammengefaßt sind, während sie sich bei den Angestellten auf die Leistungsgruppen II, III und IV verteilen. Dadurch, daß in der Leistungsgruppe I der Arbeiter das Gros der Facharbeiter mit den höher bezahlten Vorarbeitern und Hilfsmeistern vermischt wird, können die Spitzenlöhne nicht so in Erscheinung treten wie bei den Angestellten, wo die hohen Gehälter der Leistungsgruppe II gesondert ausgewiesen werden. Außerdem wirken sich in den höheren Angestelltegehältern die nachhaltigere Vor-



bildung und das wertvollere Fachwissen einer Reihe von Spezialisten aus.

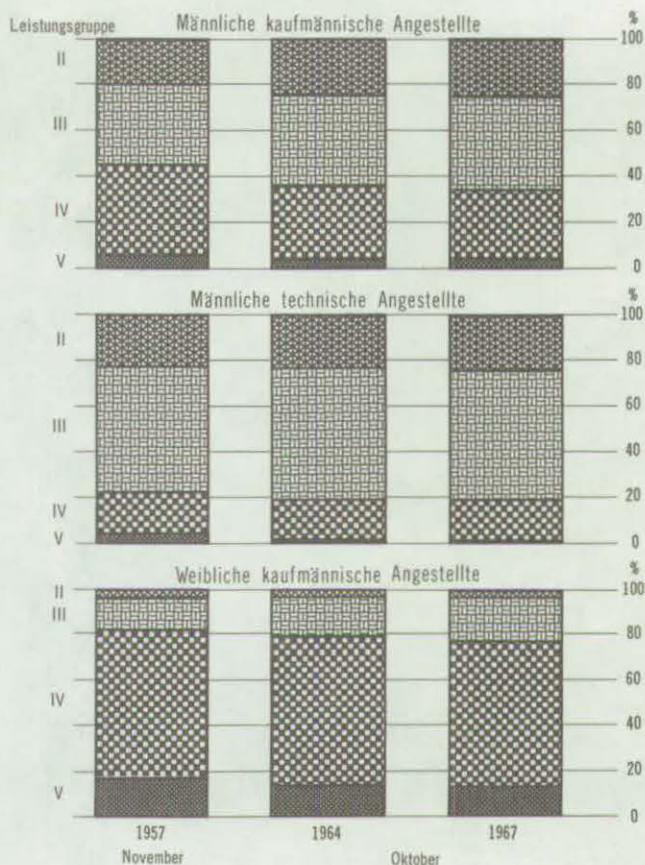
Die Gründe für den beachtlichen Abstand zwischen den absoluten Verdiensten der Männer und der Frauen sind im wesentlichen in der unterschiedlichen Verteilung auf die Leistungsgruppen zu suchen. Zum Teil liegen sie aber auch darin, daß die Männer überwiegend in den besser zahlenden Branchen der Industrie beschäftigt sind, die Frauen dagegen vor allem im Einzelhandel und in den Warenhäusern mit einem strukturell geringeren Monatsverdienst. Außerdem kommen weitere gehaltserhöhende Momente wie Alter oder längere Betriebszugehörigkeit häufiger bei den Männern als bei den Frauen vor.

Das höchste durchschnittliche Monatsgehalt bekamen die männlichen kaufmännischen Angestellten der Leistungsgruppe II in den Verbrauchsgüterindustrien mit 1749 DM. Auch in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung wurde ein hohes Gehalt von 1676 DM in dieser Leistungsgruppe gezahlt. Dagegen verdienten diese Angestellten in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe 1286 DM. Für die technischen Angestellten der Leistungsgruppe II ergab sich das höchste durchschnittliche Monatsgehalt von 1754 DM in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien; im Handel kamen sie so selten vor, daß für sie in Schleswig-Holstein keine gesicherten Ergebnisse ermittelt werden konnten. Das niedrigste Gehalt der kaufmännischen Angestellten in Leistungsgruppe V hatte für Männer der Großhandel mit 512 DM, für Frauen der Einzelhandel mit 472 DM, während in Industrie und Baugewerbe 738 und 586 DM gezahlt wurden.

Im Oktober 1967 gehörten 25% aller männlichen kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel zur Leistungsgruppe II. Das sind die höchstqualifizierten Angestellten der Verdienststatistik, da die Angestellten der Leistungsgruppe I nicht einbezogen werden. In den Leistungsgruppen III und IV befand sich das Gros der Angestellten mit 41 und 30%, während auf die Leistungsgruppe V nur 4% entfielen. Die Anteile der Leistungsgruppen II und III sind gegenüber 1957 und 1964 gewachsen, wohingegen die Anteile der Leistungsgruppen IV und V laufend kleiner geworden sind, weil ein Teil der männlichen kaufmännischen Angestellten in die höheren Gehaltsstufen aufgerückt ist. Der Anteil der weiblichen kaufmännischen Angestellten in der Leistungsgruppe II ist unverändert auf dem geringen Stand von 3 bis 4% geblieben, während ihre Zahl in Leistungsgruppe III anteilmäßig von 14 auf 20% gestiegen ist. In der Leistungsgruppe IV war ein schwacher, in V ein starker Rückgang zu verzeichnen.

D - 3904

## Die Verteilung der Angestellten in Industrie und Handel auf die Leistungsgruppen



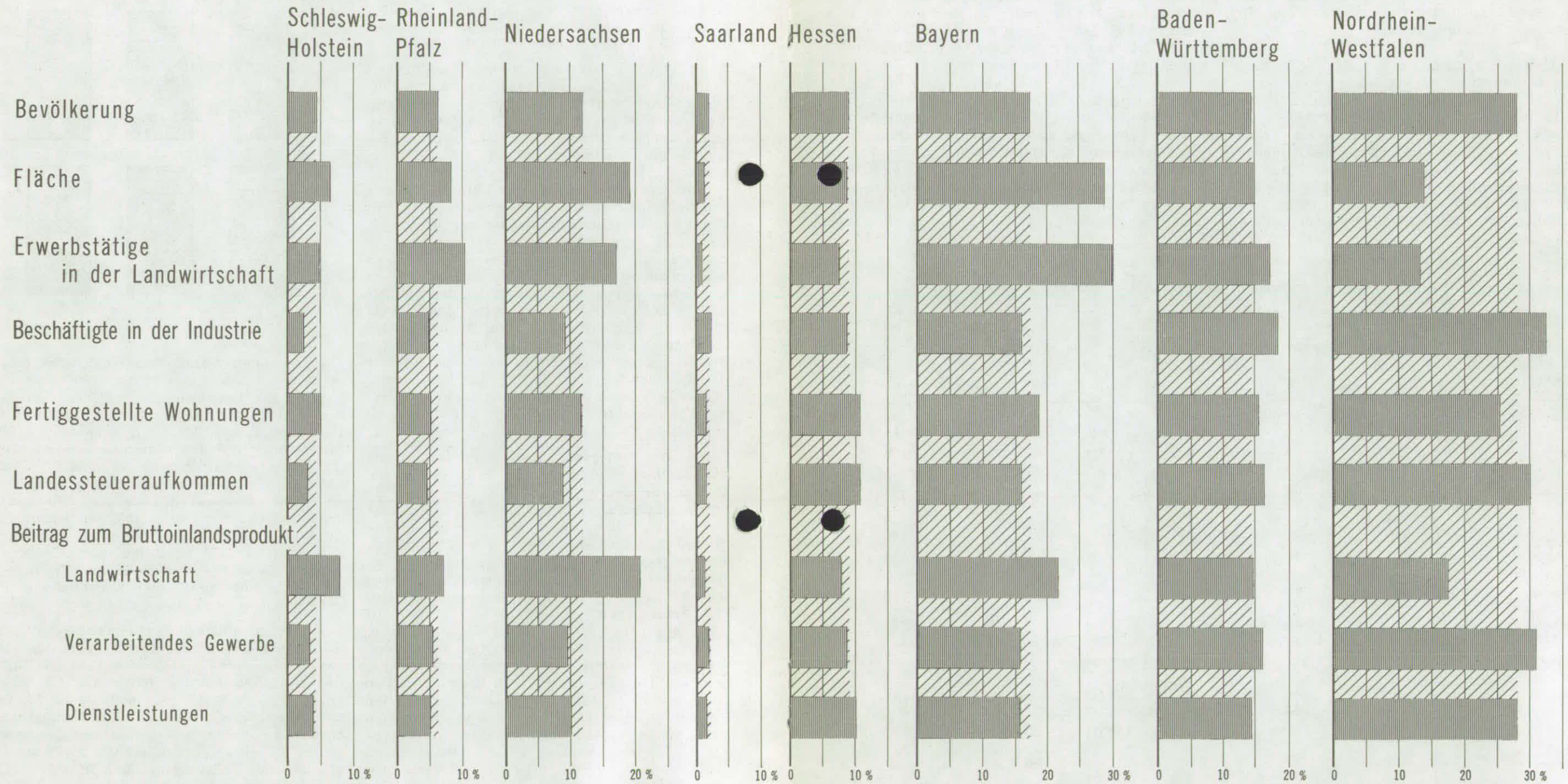
Auch von den männlichen technischen Angestellten gehörte im Oktober 1967 rund ein Viertel zur Leistungsgruppe II, dagegen war der Anteil der Angestellten, der auf die Leistungsgruppe III entfiel, bedeutend größer (57%) als bei den kaufmännischen (41%). Auf die Leistungsgruppe IV und V kamen 18 und 1%. Die Veränderungen gegenüber 1957 und 1964 waren, wie das Bild zeigt, unwesentlich. Bei den weiblichen technischen Angestellten sind die Anteile der Leistungsgruppe II und V erheblich zurückgegangen, die der Leistungsgruppen III und IV dagegen erheblich gestiegen; mit 61% befand sich der größte Teil in der Leistungsgruppe IV.

Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt aller männlichen kaufmännischen Angestellten stieg von Oktober 1964 bis Oktober 1967 um 18,6%. Den höchsten Anstieg hatte die Leistungsgruppe IV mit 22,5% (von 649 DM auf 795 DM) zu verzeichnen. Daneben hatte sich aber auch das Durchschnittsgehalt der Leistungsgruppe III mit einem Anstieg von 19,7% stärker als das der Leistungsgruppen II und V (12,4 und 12,7%) gehoben. Das Bruttomonatsgehalt der weiblichen kaufmännischen Angestellten hatte ebenfalls in der Leistungsgruppe IV mit 20,0% (von 506 DM auf 607 DM) den





# DIE ANTEILE DER LÄNDER 1967 AN BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT DES BUNDESgebietES



Anmerkungen:

Die Stadtstaaten sind nicht mit dargestellt, aber für die Berechnung der Anteile in der Bundessumme eingeschlossen.

Die Länge der Balken entspricht dem Anteil des Landes an der Bundessumme des Merkmals.

Der Bevölkerungsanteil ist zum Vergleich als Rasterband fortgesetzt.



höchsten Zuwachs. Der Anstieg der Monatsgehälter in den drei anderen Leistungsgruppen II, III und V lag bei 16,8, 18,1 und 17,8%.

Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt aller männlichen technischen Angestellten ist von 1964 bis 1967 um 14,8% gestiegen. Den höchsten Anstieg hatte die Leistungsgruppe III mit 15,3% zu verzeichnen. Im übrigen stiegen die Gehälter der Leistungsgruppen II um 11,8%, IV um 13,5% und V um 12,0% an. Das Gehalt der weiblichen technischen Angestellten stieg in demselben Zeitraum um 16,1%. Auch hier hatte die Leistungsgruppe III den höchsten Anstieg mit 17,7%.

Das effektive Bruttomonatsgehalt der männlichen technischen Angestellten, das schon vom Tarif her über dem der kaufmännischen Angestellten liegt, hat das Gehalt der kaufmännischen 1957 um 23,5%, 1964 um 21,8% und 1967 um 17,9% übertroffen. Die Differenz ist also relativ kleiner geworden, obwohl der Differenzbetrag absolut von 125 DM auf 188 DM gestiegen ist. Bei den weiblichen technischen Angestellten lag die Differenz

in diesen drei Jahren bei 92, 119 und 134 DM; relativ hat sie sich jedoch ebenfalls von 28% über 22% auf 17% verringert. Die Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten haben sich also sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen relativ stärker einander angeglichen.

In der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) verdienten die männlichen kaufmännischen Angestellten 153 DM (15,2%) und die weiblichen 133 DM (21,3%) mehr als in dem Bereich "Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe". Der Anstieg der Bruttomonatsgehälter von Oktober 1964 bis Oktober 1967 war für die männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe mit 18% relativ kleiner als in der Industrie mit 20%. Die Spanne zwischen den Gehältern im Handel und in der Industrie ist also größer geworden. Bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten war dagegen der relative Anstieg im Handel (21%) größer als in der Industrie (19%). Hier haben sich also die Gehälter von Handel und Industrie einander angenähert.

#### Bruttomonatsverdienst der Angestellten in der Industrie in den Bundesländern

m = männlich, w = weiblich

Land		Kaufmännische Angestellte			Technische Angestellte		
		1964 Oktober	1966	Zunahme in %	1964 Oktober	1966	Zunahme in %
Schleswig-Holstein	m	967	1 131	17,0	1 090	1 230	12,8
	w	635	728	14,6	671	750	11,8
Hamburg	m	1 048	1 209	15,4	1 130	1 292	14,3
	w	708	830	17,2	715	831	16,2
Niedersachsen	m	997	1 144	14,7	1 126	1 283	13,9
	w	630	735	16,7	699	808	15,6
Bremen	m	900	1 063	18,1	1 083	1 234	13,9
	w	601	715	19,0	655	765	16,8
Nordrhein-Westfalen	m	1 032	1 177	14,1	1 092	1 297	18,8
	w	681	786	15,4	725	841	16,0
Hessen	m	993	1 143	15,1	1 122	1 297	15,6
	w	685	792	15,6	751	871	16,0
Rheinland-Pfalz	m	1 000	1 145	14,5	1 109	1 260	13,6
	w	641	732	14,2	741	850	14,7
Baden-Württemberg	m	1 027	1 208	17,6	1 127	1 318	16,9
	w	634	749	18,1	683	806	18,0
Bayern	m	927	1 078	16,3	1 047	1 219	16,4
	w	610	722	18,4	640	757	18,3
Saarland	m	987	1 117	13,2	1 134	1 272	12,2
	w	655	740	13,0	664	784	18,1
Berlin (West)	m	929	1 080	16,3	1 060	1 202	13,4
	w	659	769	16,7	673	780	15,9
Bundesgebiet	m	1 001	1 154	15,3	1 119	1 280	14,4
	w	653	761	16,5	697	811	16,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15



Ein Vergleich zwischen den Bundesländern zeigt, daß im Oktober 1966 das Niveau der Bruttomonatsgehälter der männlichen kaufmännischen Angestellten in der Industrie Schleswig-Holsteins mit 1 131 DM um 23 DM unter dem Bundesdurchschnitt lag. Oktober 1964 war Schleswig-Holstein um 34 DM hinter dem Bundesdurchschnitt zurückgeblieben; damals wurden hier 967 DM gezahlt. 1966 rangierten nur noch die Gehälter im Saarland, in Berlin, Bayern und Bremen hinter denen Schleswig-Holsteins, was mit Ausnahme des Saarlandes schon 1964 der Fall gewesen war. Einen sehr weiten Abstand nach oben von Schleswig-Holsteins Gehaltsniveau hatten im Oktober 1966 das benachbarte Hamburg mit 1 209 DM und Baden-Württemberg mit 1 208 DM. Die relative Zuwachsrate war von Oktober 1964 bis 1966 in den Bundesländern verschieden hoch: in Schleswig-Holstein betrug der Anstieg 17,0% im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt von 15,3%; den höchsten relativen Anstieg hatte Bremen mit 18,1%.

Die Bruttomonatsgehälter der männlichen technischen Angestellten lagen in Schleswig-Holstein mit 1 230 DM im Oktober 1966 um 50 DM unter dem Bundesdurchschnitt und um 88 DM unter dem höchsten Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg. Weniger als in Schleswig-Holstein verdiente diese Gruppe lediglich in Bayern (- 11 DM) und Berlin (- 28 DM). Den größten Anstieg von Oktober 1964 bis Oktober 1966 hatte Nordrhein-Westfalen mit 18,8%, während der bundesdurchschnittliche Anstieg 14,4% und die Zuwachsrate Schleswig-Holsteins nur 12,8% ausmachten.

Die Verhältnisse für die Monatsgehälter der kaufmännischen und technischen weiblichen Angestellten in Schleswig-Holstein lagen noch ungünstiger als bei den Männern. Während Schleswig-Holstein im Oktober 1966 hinsichtlich der Gehälter für männliche kaufmännische Angestellte an fünfletzter Stelle lag, nahm es bei den Gehältern der weiblichen kaufmännischen Angestellten sogar nur den drittletzten Platz ein. Das Gehalt der weiblichen technischen Angestellten Schleswig-Holsteins rangierte an letzter Stelle unter den Bundesländern.

Im Handel einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe kamen die Gehälter der männlichen kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein im Oktober 1966 mit durchschnittlich 991 DM an viertletzter Stelle vor Bayern (976 DM), Bremen (970 DM) und Rheinland-Pfalz (945 DM). Der Bundesdurchschnitt lag bei 1 039 DM; das höchste derartige Gehalt wurde in Hamburg mit 1 152 DM (d. h. um 161 DM mehr als in Schleswig-Holstein) gezahlt. Der Anstieg in Schleswig-

#### Bruttomonatsverdienst der kaufmännischen Angestellten in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe in den Bundesländern

m = männlich, w = weiblich

Land		1964	1966	Zunahme in %
		Oktober		
Schleswig-Holstein	m	853	991	16,2
	w	516	616	19,4
Hamburg	m	971	1 152	18,6
	w	622	753	21,1
Niedersachsen	m	880	1 030	17,0
	w	525	631	20,2
Bremen	m	845	970	14,8
	w	522	612	17,2
Nordrhein-Westfalen	m	909	1 059	16,5
	w	562	664	18,1
Hessen	m	891	1 024	14,9
	w	584	691	18,3
Rheinland-Pfalz	m	799	945	18,3
	w	488	565	15,8
Baden-Württemberg	m	923	1 074	16,4
	w	571	673	17,9
Bayern	m	838	976	16,5
	w	543	640	17,9
Saarland	m	922	1 071	16,2
	w	512	580	13,3
Berlin (West)	m	868	1 011	16,5
	w	579	696	20,2
Bundesgebiet	m	891	1 039	16,6
	w	556	659	18,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15

Holstein seit Oktober 1964 stimmte mit der Zuwachsrate des Bundes fast überein (16,6% im Bund, 16,2% in Schleswig-Holstein); den höchsten Zuwachs verzeichnete Hamburg mit 18,6%. Auch die Gehälter der weiblichen kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein lagen an viertletzter Stelle, obwohl sie seit 1964 gegenüber den Männern einen mehr als drei Punkte höheren Anstieg hatten (19,4%).

#### Zur Methode

Die Verdiensterhebung erfaßt die vom Arbeitgeber an die vollbeschäftigten Arbeitnehmer laufend gezahlten Bruttobeträge. Beträge, die nur einmal im Jahr oder in unregelmäßigen Abständen gezahlt werden, z. B. zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt, Gratifikation, Jahresprämie, Gewinnbeteiligung, werden nicht berücksichtigt. Es wird also nicht der gesamte Verdienst aus unselbständiger Arbeit ausgewiesen; auch entsprechen die ausgewiesenen Beträge nicht den Lohn- und Lohnnebenkosten der Arbeitgeber.

In den Monaten Januar, April, Juli und Oktober melden die berichtspflichtigen Betriebe Schleswig-Holsteins die Bruttolohnsummen ihrer Arbeiter und Angestellten. Löhne und Gehälter für außerhalb Schleswig-Holsteins Beschäftigte (Pendler) sind nicht einbegriffen. Für die Arbeiter wird diese Summe durch die gleichzeitig mitgeteilte Zahl der bezahlten Arbeitsstunden geteilt und so der Stundenlohn errechnet. Die Monatsverdienste der Ange-



stellten werden ermittelt, indem die gezahlte Gehaltssumme durch die Zahl der Angestellten geteilt wird.

Um diese grobe Durchschnittsberechnung aussagekräftiger zu machen, werden die wichtigsten strukturellen Merkmale der Arbeiter und Angestellten, so Wirtschaftsbereich, Geschlecht, Qualifikation, Beschäftigungsart (kaufmännisch/technisch), bereits bei der Erfassung und Berechnung berücksichtigt. Andere Merkmale wie Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Betriebsgröße, Lohnform gehen unter; sie werden nur etwa alle fünf Jahre durch Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen festgestellt.

Zur Unterscheidung der Qualifikation sind bei den Arbeitern in der Industrie drei und bei den Angestellten in Industrie und Handel fünf Leistungsgruppen gebildet worden. Angestellte der Leistungsgruppe I, d.h. Angestellte in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (Geschäftsführer einer GmbH und Direktoren von Aktiengesellschaften und Genossenschaften), sowie Meister im Angestelltenverhältnis, Lehrlinge und Anlernlinge werden nicht erfaßt.

Die anderen Leistungsgruppen sind nach folgenden Gesichtspunkten gegliedert:

#### Industriearbeiter

##### Leistungsgruppe 1:

Arbeiter mit besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten, die sie durch abgeschlossene Lehre oder langjährige Berufserfahrung erworben haben (Facharbeiter).

##### Leistungsgruppe 2:

Arbeiter, die mit speziellen oder branchengebundenen Tätigkeiten beschäftigt werden und ihre Kenntnisse meist durch eine Anlernzeit erworben haben (angelernte Arbeiter).

##### Leistungsgruppe 3:

Arbeiter, die mit einer einfachen Tätigkeit beschäftigt werden, für die keine Ausbildung erforderlich ist (ungelernte Arbeiter).

#### Kaufmännische und technische Angestellte

##### Leistungsgruppe II:

Kaufmännische und technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständiger verantwortlicher Tätigkeit, aber mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis.

##### Leistungsgruppe III:

Kaufmännische und technische Angestellte mit abgeschlossener Lehre und mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten.

##### Leistungsgruppe IV:

Kaufmännische und technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine Ausbildung oder mehrjährige Berufstätigkeit voraussetzt.

##### Leistungsgruppe V:

Kaufmännische und technische Angestellte mit einfacher Tätigkeit, die keine Ausbildung oder besondere Erfahrung voraussetzt.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Verdienste in Industrie und Handel Mai 1963 und April 1966" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 252 (November)

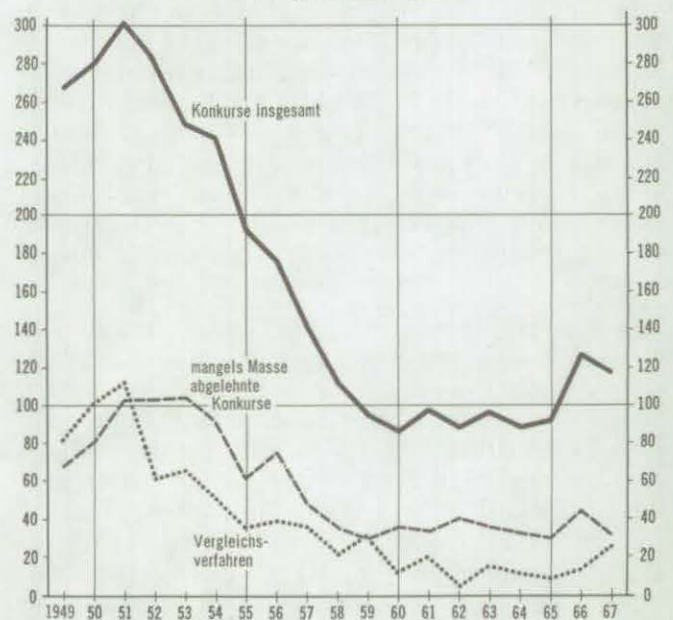
## Die Zahlungsschwierigkeiten in den Jahren 1965 bis 1967

Die Zahl der von den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein gemeldeten Konkurse und Vergleichsverfahren hat sich in den vergangenen zwei Jahren erstmals seit 1951 wieder spürbar erhöht. Die Zunahme der Insolvenzen fällt mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammen, die sich deutlich seit dem zweiten Halbjahr 1966 abzeichneten. Im Vergleich zur Zahl der finanziellen Zusammenbrüche in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre hält sich die jüngste Entwicklung jedoch in engen Grenzen. Im Jahre 1967 konnte eine wesentliche Zunahme der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahre bereits nicht mehr festgestellt werden. Es wurden sogar wieder weniger Konkurse registriert, dafür verlagerte sich das Gewicht etwas stärker auf die Vergleichsverfahren.

Seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen nach dem Kriege im Jahre 1949 erhöhte sich die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren zunächst bis 1951 auf über 400 im Jahre. Viele Erwerbsunternehmen, die in den Zeiten der Zwangsbewirtschaftung vor der Währungs-

D - 3905

### Konkurse<sup>1</sup> und Vergleichsverfahren in Schleswig-Holstein seit 1949



1) einschließlich Anschlusskonkurse



reform fast nur noch zentral gesteuerte Produktions- oder Verteilungsaufgaben erfüllten, waren damals den neu geschaffenen wirtschaftlichen Bedingungen eines freien Wettbewerbs nicht mehr gewachsen. Mit zunehmender wirtschaftlicher Stabilisierung im Laufe der fünfziger Jahre nahmen dann die Konkurse und Vergleichsverfahren kontinuierlich ab. Im Jahre 1962 wurde mit nur 92 finanziellen Zusammenbrüchen der niedrigste Stand erreicht. In den folgenden Jahren bis einschließlich 1965 belief sich ihre Zahl auf etwa 100 Fälle jährlich.

Von den im Jahre 1967 gemeldeten 141 Insolvenzen waren 117 Konkurse und 24 Vergleichsverfahren. Die Zahl der Vergleichsverfahren erhöhte sich damit seit 1965 auf über das Dreifache. Diese Zunahme, die relativ stärker war als die der Konkurse, deutet auf wachsende Schwierigkeiten von Unternehmern hin, die, an sich kaufmännisch ehrbar, infolge konjunkturell bedingter, widriger Umstände in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Im Gegensatz zum Konkurs, der die völlige Liquidierung des Unternehmens zur Folge hat, wird durch das Vergleichsverfahren dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben, sein Unternehmen nicht zuletzt im Interesse der Gesamtwirtschaft und der Belegschaft der Betriebe weiterzuführen und wieder zu sanieren.

Unter den Konkursanträgen des Jahres 1967 mußten nur 26% mangels ausreichender Konkursmasse abgelehnt werden; dies ist der niedrigste Prozentsatz seit 1950. In den Jahren 1965 und 1966 waren etwa noch je ein Drittel der Eröffnungsanträge vom Gericht abgewiesen worden, da nicht genügend Konkursmasse vorhanden war, um die Kosten der gerichtlichen Verfahren zu decken. Offenbar sind die Gläubiger in Anlehnung an die konjunkturelle Entwicklung der letzten Zeit bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten ihrer Schuldner vorsichtiger geworden und daher weniger geneigt, einen Zahlungsaufschub zu gewähren, als früher. Hierdurch kommt es häufiger zur Konkurseröffnung, wenn noch Betriebs- oder Privatvermögen beim Schuldner vorhanden ist.

Der Anteil der Erwerbsunternehmen an den registrierten Gemeinschuldern ist im Berichtszeitraum ständig gestiegen. Im Jahre 1965 machten die Insolvenzen von Nichterwerbsunternehmen (private Haushalte, Nachlässe, Organisationen ohne Erwerbscharakter) noch ein Drittel aller gerichtlich erfaßten finanziellen Zusammenbrüche aus. Im Jahre 1967 betrug ihr Anteil nur noch ein Fünftel. Die Zunahme der Insolvenzen seit 1965 ist also im wesentlichen auf Zahlungsschwierigkeiten von Erwerbsunternehmen zurückzuführen. Ein Einfluß der konjunkturell bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch auf die übrigen Gemeinschuldner ist statistisch nicht nachweisbar.

88% der insolvent gewordenen Erwerbsunternehmen sind erst nach dem 8. Mai 1945 gegründet worden, während nur 12% ihre gewerbliche Tätigkeit auch schon vor diesem Zeitpunkt ausgeübt haben. Der Prozentsatz der Nachkriegsgründungen ist damit so hoch wie in keinem Jahre seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen. Der Aussagewert dieses Ergebnisses hat über 20 Jahre nach Beendigung des Krieges allerdings viel von seiner Bedeutung verloren. Für eine sinnvolle Beurteilung fehlt insbesondere die Kenntnis, wieviele der insgesamt bestehenden Erwerbsunternehmen vor dem Kriege und wieviele nach dem Kriege gegründet wurden. Ferner wirkt sich auf das Ergebnis nachteilig die Tatsache aus, daß das Jahr der ersten Gründung insbesondere älterer insolvent gewordener Unternehmen vom Konkursgericht häufig nicht ermittelt werden kann, weil seitdem zu viele Inhaberwechsel stattgefunden haben.

Unter Anschlußkonkursen im Sinne der Insolvenzstatistik sind nur solche Konkurse zu verstehen, die im Anschluß an ein eröffnetes Vergleichsverfahren in Gang gekommen sind. Es handelt sich hierbei um Fälle, in denen sich nach Eröffnung des Vergleichsverfahrens herausstellt, daß eine ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens wider Erwarten nicht möglich ist. Die Zahl der Anschlußkonkurse ist immer sehr gering gewesen; im Jahre

Die Insolvenzen<sup>1</sup> in Schleswig-Holstein 1965 - 1967

Jahr	Insolvenzen insgesamt	davon					Insolvenzen von Erwerbsunternehmen	
		Konkurse			Vergleichsverfahren		Anzahl	% von Spalte 1
		zusammen	mangels Masse abgelehnt		Anzahl	% von Spalte 2		
		Anzahl	% von Spalte 2					
1965	98	91	29	32	7	7	66	67
1966	138	126	44	35	12	9	99	72
1967	141	117	31	26	24	17	113	80

1) einschließlich Anschlußkonkurse



1965 wurden keine, 1966 drei, 1967 vier Fälle gemeldet. Da die Vergleichsverfahren seit 1965 zunahmen, erhöhte sich auch die Zahl der Anschlußkonkurse. In der Statistik führen übrigens Anschlußkonkurse zu Doppelerfassungen: Derselbe finanzielle Zusammenbruch wird sowohl bei den Vergleichsverfahren als auch später bei den Konkursverfahren gezählt. Wegen der geringen Zahl wird das Ergebnis hierdurch jedoch kaum beeinflusst.

#### Höhe der Forderungen

Das Statistische Landesamt erhält die Meldungen über die in Konkurs geratenen Unternehmen von den Amtsgerichten jeweils dann, wenn das Konkursverfahren eröffnet ist oder der Antrag auf Eröffnung mangels ausreichender Konkursmasse abgelehnt worden ist. Zu diesem Zeitpunkt ist die Höhe der Forderungen der Konkursgläubiger gegen die Gemeinschaftschuldner häufig nicht genau zu übersehen. Zum Teil sind den Gerichten nur Schätzungen oder überhaupt noch keine Angaben über die Höhe der Forderungen möglich. Die Gliederung der Konkurse bezieht sich daher nur auf die Höhe der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger. Die Tabelle zeigt nach 1965 ein Anwachsen der Großkonkurse; besonders im Jahre 1966 sind die oberen Größenklassen mit Forderungen von mehr als 1 Mill. DM wesentlich stärker besetzt. 10 Konkurse dieses Jahres waren Millionenkurse, ihr Anteil ist seit Beginn der Aufzeichnungen nach dem Kriege noch in keinem Jahr so groß gewesen. Am stärksten war während des Berichtszeitraumes die Klasse von 100 000 bis unter 500 000 DM besetzt; sie vereinigte etwa ein Drittel aller Konkurse auf sich. Von den angemeldeten Kleinkonkursen mit einer Höhe der Forderungen von weniger als 10 000 DM wird der größte Teil von den Gerichten mangels einer die

Konkurse<sup>1</sup> nach der Höhe der voraussichtlichen Forderungen  
1965 - 1967

Höhe der Forderungen in 1 000 DM	Konkurse				
	1965	1966	1967	davon eröffnet	davon mangels Masse abgelehnt
unter 1	1	4	3	-	3
1 - 10	15	17	15	6	9
10 - 50	19	25	16	10	6
50 - 100	14	12	22	20	2
100 - 500	28	39	39	33	6
500 - 1 000	6	2	7	6	1
1 000 - 5 000	1	9	5	5	-
5 000 und mehr	-	1	-	-	-
unbekannt	7	17	10	6	4

1) einschließlich Anschlußkonkurse

Kosten des Verfahrens deckenden Konkursmasse abgelehnt.

Die Summe aller voraussichtlichen Konkursforderungen erhöhte sich wegen des sprunghaften Anstiegs der Großkonkurse von 15,7 Mill. DM im Jahre 1965 auf 38,9 Mill. DM im Jahre 1966. 1967 trat ein spürbarer Rückgang gegenüber dem Vorjahre ein. Die stürmische Entwicklung während des Jahres 1966 ist hauptsächlich auf den Großkonkurs einer Kieler Tiefbaufirma zurückzuführen, gegen die allein über ein Fünftel sämtlicher Forderungen geltend gemacht wurde.

Die voraussichtlichen Konkursforderungen  
nach ihrer Höhe 1965 - 1967

Höhe der Forderungen in 1 000 DM	1965		1966		1967	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
unter 1	1	0	1	0	1	0
1 - 10	63	0	89	0	60	0
10 - 50	493	3	720	2	590	3
50 - 100	1 085	7	897	2	1 567	7
100 - 500	8 080	52	9 267	24	9 251	40
500 - 1 000	4 647	30	1 143	3	4 423	19
1 000 - 5 000	1 284	8	18 655	48	7 500	32
5 000 und mehr	-	-	8 134	21	-	-
Insgesamt	15 653	100	38 905	100	23 392	100

#### Deckungsquoten

Die Abwicklung der eröffneten Konkurs- oder Vergleichsverfahren zieht sich zum Teil über mehrere Jahre hin. Eine genaue Aussage über die tatsächliche Höhe der entstandenen Forderungen und deren Befriedigung wäre daher z. B. für die Insolvenzen des Jahres 1965 mit Sicherheit nicht vor 1970 zu erwarten, womöglich noch später. Zu diesem Zeitpunkt sind die endgültigen finanziellen Ergebnisse aber für eine statistische Auswertung nicht mehr aktuell. Die Statistik muß daher mit den voraussichtlichen finanziellen Ergebnissen nur derjenigen Konkurse und Vergleichsverfahren auskommen, die innerhalb relativ kurzer Zeit nach der Eröffnung des Verfahrens zu einem gewissen Abschluß gebracht werden konnten. Über die im Jahre 1965 eröffneten Konkurse und Verfahren wird daher nur insofern berichtet, als bis zum Ende des darauffolgenden Jahres (31.12.1966) finanzielle Ergebnisse hierzu vorlagen. Entsprechendes gilt für die eröffneten Verfahren des Jahres 1966. Für die Verfahren des Jahres 1967 können naturgemäß noch keine Angaben gemacht werden.

Der Anteil der Konkurse mit Angabe der finanziellen Ergebnisse an den insgesamt eröffneten schwankte in den Jahren 1964 bis 1966 zwischen 76 und 90%. Die festgestellten



Voraussichtliche finanzielle Ergebnisse der eröffneten Konkurse<sup>1</sup> und Vergleichsverfahren nach dem Stand vom 31. 12. des der Eröffnung folgenden Jahres

Jahr der Eröffnung	Eröffnete Konkurse		Vergleichsverfahren mit Angabe der finanziellen Ergebnisse	Festgestellte Verluste in 1 000 DM			Deckungsquote in % der Forderungen		
	insgesamt	mit Angabe der finanziellen Ergebnisse		insgesamt	davon bei		bei Konkursen		bei Erlaßvergleichen
					Konkursen	Erlaßvergleichen	bevorrechtigte Forderungen	nicht bevorrechtigte Forderungen	
1964	56	44	7	13 992	13 132	860	34	3	41
1965	62	56	5	13 232	12 664	567	42	4	43
1966	82	62	8	49 757	48 695	1 062	78	2	57

1) auch solche ohne Masse

Verluste der Konkurse der Jahre 1964 und 1965 beliefen sich auf jährlich ca. 13 Mill. DM im Durchschnitt. Das Ergebnis von 1966 ist maßgeblich durch den finanziellen Zusammenbruch der bereits erwähnten Kieler Tiefbau-firma beeinflusst, deren Verlust im Laufe des Verfahrens sich auf ca. 30 Mill. DM erhöht hat. Läßt man diese 30 Mill. DM außer Ansatz, so verbleiben für die Konkurse des Jahres 1966 immer noch Verluste von 18 Mill. DM, das sind rund die Hälfte mehr als im Jahre 1965.

Nach der Konkursordnung sind aus der Teilungsmasse bestimmte Forderungen nach einer genau festgelegten Reihenfolge bevorrechtigt zu befriedigen. Hierzu gehören insbesondere die Kosten für das Gerichtsverfahren, rückständige Forderungen an Löhnen und Gehältern gegen die Gemeinschuldner sowie die Forderungen des Fiskus. Erst nach voller Befriedigung dieser Ansprüche wird die noch vorhandene Teilungsmasse auf alle übrigen Konkursgläubiger im Verhältnis zu den anerkannten Forderungen verteilt. Der Anteil der bevorrechtigten Forderungen schwankt erfahrungsgemäß in der Regel zwischen 8 und 15% aller anerkannten Konkursforderungen. Dieser verhältnismäßig geringe Anteil der Schulden kann aus der Konkursmasse im Durchschnitt noch zu einem erheblichen Teil gedeckt werden. Die bevorrechtigten Forderungen gegen die Konkurs-schuldner der Jahre 1964 bis 1966 wurden im Jahresdurchschnitt zu 34 bis 78% befriedigt. Dagegen ist die Deckungsquote für alle übrigen Konkursforderungen (etwa neun Zehntel der Forderungen) minimal. Relativ häufig stellt sich im Laufe des Verfahrens heraus, daß eine Teilungsmasse gar nicht vorhanden ist; diese Verfahren werden dann nach der Eröffnung mangels Masse eingestellt. Ihre Verluste sind in der Tabelle enthalten. Nicht enthalten sind dagegen die Verluste der mangels Masse abgelehnten und nicht eröffneten Konkursverfahren.

Die festgestellten Verluste bei Vergleichsverfahren fallen demgegenüber schon wegen der geringen Zahl der Fälle nicht sehr ins Gewicht. Hier ist grundsätzlich zwischen Stundungsvergleichen und Erlaßvergleichen zu unterscheiden. Stundungsvergleiche sind sehr selten. Unter den Verfahren der Jahre 1964 bis 1966 befindet sich nur ein Stundungsvergleich. Die Deckungsquote bei den Erlaßvergleichen belief sich in dieser Zeit zwischen 41 und 57% im Jahresdurchschnitt.

#### Wirtschaftliche Gliederung

Über vier Fünftel der Insolvenzen von Erwerbsunternehmen des Jahres 1964 entfielen auf das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und den Handel; weniger als ein Fünftel auf alle übrigen Wirtschaftsabteilungen (Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Verkehrsgewerbe, Kreditinstitute und Versicherungswesen und Dienstleistungen der Unternehmen und freien Berufe). Seit 1965 hat sich die Zahl der finanziellen Zusammenbrüche in allen Wirtschaftsbereichen erhöht, die Entwicklung in den einzelnen Jahren ist jedoch nicht einheitlich verlaufen. Im verarbeitenden Gewerbe fiel die Zunahme hauptsächlich in das Jahr 1967. Dagegen machten sich im konjunktorempfindlichen Baugewerbe die beginnenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten bereits 1966 sehr deutlich bemerkbar; 1967 nahm die Zahl der Konkurse in diesem Wirtschaftszweig wieder ab, dafür erhöhte sich aber die Zahl der Vergleichsverfahren. Die Unternehmen des Handels wurden am stärksten im Jahre 1966 betroffen, während 1967 die Zahl der finanziellen Zusammenbrüche bereits wieder etwas zurückging.

Eine sinnvolle Aussage über die Bedeutung der Insolvenzen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergibt sich erst, wenn man sie zur Zahl der insgesamt bestehenden Unternehmen in Beziehung setzt. Die beiden letzten Spalten der Tabelle enthalten eine solche



## Die Insolvenzen in wirtschaftlicher Gliederung und nach der Rechtsform

Wirtschaftsabteilung Rechtsform	Konkurse			Vergleichsverfahren			Insolvenzquoten <sup>1</sup>	
	1965	1966	1967	1965	1966	1967	1965	1967
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) darunter Handwerk	18	16	26	–	6	7	1,5	2,8
Baugewerbe darunter Handwerk	11	27	24	3	2	10	2,4	5,6
Handel darunter Großhandel Einzelhandel	18	28	21	3	2	5	0,8	1,1
Übrige Wirtschaftsabteilungen	5	9	6	1	–	2	1,4	2,0
Erwerbsunternehmen zusammen	13	17	15	2	2	3	0,8	1,0
Natürliche Personen, Nachlässe und andere Gemeinschuldner	12	16	20	1	2	–	0,6 <sup>a</sup>	0,7 <sup>a</sup>
Insgesamt	59	87	91	7	12	22	1,0 <sup>a</sup>	1,7 <sup>a</sup>
	32	39	26	–	–	2	.	.
	91	126	117	7	12	24	.	.

1) Insolvenzen je 1 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen aus der Umsatzsteuerstatistik 1964 und 1966

a) ohne Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Beziehungszahl für die Jahre 1965 und 1967. Hieraus ist zu entnehmen, daß die Insolvenzquote im Baugewerbe bei weitem die höchste unter allen hier dargestellten Wirtschaftsbereichen ist. Es folgen mit erheblichem Abstand das verarbeitende Gewerbe und der Großhandel. Im Landesdurchschnitt erhöhte sich die Quote von 1,0 im Jahre 1965 auf 1,7 im Jahre 1967.

Die Insolvenzquote im Einzelhandel und in der Gruppe "Übrige Wirtschaftsabteilungen" erhöhte sich nur verhältnismäßig wenig. Sie liegt weiterhin erheblich unter dem Landesdurchschnitt.

### Vergleich mit dem Bundesgebiet

Vom Statistischen Bundesamt wird die Zahl der Insolvenzen im Bundesgebiet 1967 mit 4 337<sup>1</sup> angegeben. Das sind 38% mehr als 1965.

1) ohne Anschlußkonkurse

In Schleswig-Holstein betrug der relative Zuwachs im gleichen Zeitraum geringfügig mehr, nämlich 40%. Der Anteil Schleswig-Holsteins an den Insolvenzen im Bundesgebiet erhöhte sich dadurch für das Jahr 1967 ebenfalls geringfügig auf 3,2%. Die voraussichtliche Höhe der geltend gemachten Forderungen der Konkursgläubiger stieg dagegen im Bundesgebiet von 1965 auf 1967 wesentlich stärker an als in unserem Land. Sie wird vom Statistischen Bundesamt auf ca. 1,29 Milliarden DM für das Jahr 1967 beziffert. Nur 1,8% dieser Konkursforderungen entfielen auf Schleswig-Holstein. Im Jahre 1965 waren es noch 2,4% gewesen. Die Höhe der Forderungen je Konkurs ist in unserem Land damit erheblich niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Zahlungsschwierigkeiten 1963 bis 1965" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 243 (November) und "Zahlungsschwierigkeiten 1967" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 170 (März)

## Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein von 1965 bis 1967

In den Handelsregistern der schleswig-holsteinischen Amtsgerichte waren am 31. Dezember 1967 insgesamt 1 752 Kapitalgesellschaften eingetragen, deren Kapitalausstattung sich auf 1,03 Mrd. DM belief. Gegenüber dem 1. 1. 1965 hat sich damit die Anzahl der Gesellschaften um 357 (+ 26%) erhöht. Das Grund- oder Stammkapital nahm im gleichen Zeitraum sogar um 41% zu und überschritt zum ersten Male nach Kriegsende die Milliardengrenze.

Aus der Höhe der Kapitalausstattung ist nur bedingt auf den wahren Wert zu schließen, den die schleswig-holsteinischen Kapitalgesellschaften repräsentieren. Grundsätzlich stellt das Nominalkapital nicht den Verkehrswert der Unternehmen dar. Es bedeutet vielmehr nur den durch Satzung festgelegten Sollbetrag des Gesellschaftsvermögens. Der Verkehrswert liegt nach den gegenwärtigen Erfahrungen wesentlich höher. Er ist von den im Einzelfall



## Der Bestand an Kapitalgesellschaften

Jahres- ende	Kapital- gesellschaften Insgesamt		Aktien- gesellschaften		Gesellschaften mit beschränkter Haftung	
	Anzahl	Kapital in Mill. DM	Anzahl	Grund- kapital Mill. DM	Anzahl	Stamm- kapital Mill. DM
1964	1 395	729,4	71	259,9	1 324	469,5
1965	1 495	828,7	59	331,3	1 426	497,4
1966	1 591	949,3	56	354,9	1 525	594,4
1967	1 752	1 027,1	55	365,0	1 687	662,2

vorliegenden Finanzierungsverhältnissen, den zukünftigen Absatzaussichten der Gesellschaft und den vorhandenen Sachanlagen abhängig. Das Gesellschaftsvermögen unterliegt während der Tätigkeit der Gesellschaften ständiger Veränderung und kommt im Kurswert der Aktien einer Aktiengesellschaft oder im wahren Wert der Geschäftsanteile einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zum Ausdruck. Im Gegensatz dazu sind die hier dargestellten Werte über die Kapitalausstattung reine Nominalwerte, deren Aussagefähigkeit hauptsächlich im Vergleich mit entsprechenden Angaben in den Vorjahren liegt.

Die Statistik der Kapitalgesellschaften enthält als Erhebungseinheiten nur die Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein. Zweigniederlassungen werden zwar von den Amtsgerichten registriert, aber in der Statistik nicht nachgewiesen, weil eine Zerlegung der Kapitalausstattung auf die einzelnen örtlichen Einheiten nicht möglich ist. Dementsprechend sind die vielen hiesigen Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften mit Sitz außerhalb Schleswig-Holsteins in den Angaben nicht enthalten. Einbezogen sind aber die vergleichsweise geringen Kapitalausstattungen der Zweigniederlassungen im übrigen Bundesgebiet, die zu Unternehmen mit Sitz in unserem Land gehören.

### Aktiengesellschaften

Die Zahl der Aktiengesellschaften ging im Laufe der Berichtszeit von 71 auf 55 (- 8%) zurück. Gleichzeitig erhöhte sich das Grundkapital um über 40% auf 365 Mill. DM. Der Abgang kam hauptsächlich durch Umwandlungen von Gesellschaften in Unternehmen anderer Rechtsformen zustande. In die Berichtszeit fällt das Inkrafttreten des neuen Aktiengesetzes zum 1.1.1966. Die Novelle sieht eine Vielzahl von neuen Bestimmungen vor, die verhindern sollen, daß kleine und ertragsschwache Gesellschaften diese Rechtsform wählen. So wurden die Bestimmungen über die Rechtsstellung der Aktionäre verbessert, das Verhältnis von Vorstand und Hauptversammlung geändert und das Konzernrecht neu formuliert. Unter den

neu geschaffenen Bedingungen ist kaum zu erwarten, daß die Zahl der Aktiengesellschaften in unserem Lande sich in Zukunft erhöhen wird. Dagegen ist eine weitere langsame Abnahme besonders infolge Umwandlung oder Fusion möglich.

Die Zunahme des Grundkapitals im Berichtszeitraum um über 100 Mill. DM war nach der Art ihrer Eintragung in die Register der Amtsgerichte fast ausschließlich auf durchgeführte Kapitalerhöhungen bei bereits bestehenden Gesellschaften zurückzuführen. Betrachtet man jedoch die Eintragungen nicht nach rein formalen, sondern wirtschaftlichen Gesichtspunkten, so trifft dies für die Veränderung während des Berichtszeitraumes nur zu einem geringen Teil zu. Die größte Bewegung wurde nämlich durch die Umwandlung der Stadtwerke Kiel in eine Aktiengesellschaft ausgelöst. Das Unternehmen hatte vorher bereits in der Form eines kommunalen Eigenbetriebes bestanden und war ein Sondervermögen der Stadt Kiel gewesen. Die Umwandlung ging in drei Stufen vor sich. Das Grundkapital wurde zunächst bei Gründung der Gesellschaft im Dezember 1965 mit 100 000 DM ins Handelsregister eingetragen. Der Betrag wurde dann innerhalb eines Monats danach zweimal um insgesamt 76,9 Mill. DM aufgestockt, die in der Statistik zwar als durchgeführte Kapitalerhöhung bei einer bereits bestehenden Gesellschaft erscheinen, wirtschaftlich gesehen jedoch Zugänge durch Umwandlung sind. Diese Art der Gründung in mehreren Stufen brachte u. a. steuerliche Vorteile für die Gesellschaft mit sich.

Das angeführte Beispiel für eine ins Gewicht fallende Veränderung des Grundkapitals ist kein Einzelfall. Bei der Gründung der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hamburg und Kiel, im Dezember 1967 ist ähnlich verfahren worden. Die Gesellschaft mit Sitz in Kiel ist durch einen Zusammenschluß von drei Aktiengesellschaften entstanden. Sie führt die bisher von den Unternehmen Deutsche Werft AG, Howaldtswerke Hamburg AG und Kieler Howaldtswerke AG betriebenen Geschäfte fort.

Echte Neugründungen von Aktiengesellschaften mit ins Gewicht fallendem Grundkapital sind demgegenüber sehr selten. In der Berichtszeit kamen namhafte Veränderungen des Grundkapitals hauptsächlich durch Fortführung bestehender Gesellschaften in einer anderen Rechtsform, Umwandlungen und Fusionen zustande. Da die Statistik nur nach der Art der Eintragung in das Handelsregister geführt werden kann, kommt in ihr der eigentliche wirtschaftliche Vorgang leider nicht immer angemessen zum Ausdruck, wie dies die beiden angeführten Beispiele zeigen. Die Kapitalerhöhungen von bereits eingetragenen Gesell-



Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften 1965 - 1967

Bestand — Zu- und Abgang	Aktien- gesellschaften		Gesellschaften mit beschränkter Haftung	
	Anzahl	Grund- kapital Mill. DM	Anzahl	Stamm- kapital Mill. DM
Bestand am 31. 12. 1964	71	259,9	1 324	469,5
Zugänge in 3 Jahren	4	126,8	533	275,9
davon Gründung, Umwandlung, Fortsetzung	3	4,2	470	27,3
Sitzverlegung innerhalb des Bundesgebietes	1	0,4	63	28,5
durchgeführte Kapital- erhöhung	(28)	122,2	(202)	220,1
Abgänge in 3 Jahren	10	21,7	170	83,2
davon Liquidationseröffnung	1	9,6	60	2,4
Konkurrenzeröffnung	—	—	10	0,6
Fusion	—	—	2	35,0
Umwandlung	7	3,1	8	7,3
Sitzverlegung	1	3,0	33	33,0
Kapitalherabsetzung	(2)	5,4	(9)	2,2
Sonstige Abgänge	1	0,6	57	2,7
Bestand am 31. 12. 1967	65	365,0	1 687	662,2

schaften treten demgegenüber zurück. Die größte derartige Erhöhung wurde im Berichtszeitraum von der Schleswig-Holsteinischen Stromversorgungs-AG, Rendsburg, durchgeführt, die ihr Grundkapital von 50 auf 70 Mill. DM erhöhte.

Die Abgänge an Grundkapital in Höhe von 22 Mill. DM kamen hauptsächlich durch eine Liquidationseröffnung und Kapitalherabsetzungen zustande. Sieben Aktiengesellschaften wurden in den Registern der Amtsgerichte infolge Umwandlung gelöscht. Der Abgang an Grundkapital war hierdurch verhältnismäßig gering; offenbar handelte es sich vorwiegend um kleine Gesellschaften, für deren Kapitalausstattung oder Ertragskraft die Rechtsform der Aktiengesellschaft nicht mehr geeignet war.

Durch die Umwandlung der Stadtwerke Kiel in eine Aktiengesellschaft wurde dieses Unternehmen zur größten Kapitalgesellschaft in Schleswig-Holstein, wenn man die Höhe des eingetragenen Grund- oder Stammkapitals zugrundelegt. Unter den 19 größten Aktiengesellschaften des Landes folgen die Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-AG, Rendsburg und die Kieler Howaldtswerke AG. Diese drei Gesellschaften, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist, halten mit 182 Mill. DM 50% des gesamten Grundkapitals. Auf den folgenden Plätzen haben sich gegenüber 1964 in der Rangfolge nur kleine Verschiebungen ergeben, wie aus der Tabelle zu entnehmen ist. Ausgeschieden aus dem Kreis der großen Gesellschaften sind die

Die größten Aktiengesellschaften mit Sitz in Schleswig-Holstein am 31. 12. 1967

Rangfolge 1967	Rangfolge 1964	Name	Grundkapital in Mill. DM
2.	( 1.)	Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-AG, Rendsburg	70,0
3.	( 2.)	Kieler Howaldtswerke AG, Kiel	35,0
4.	( 4.)	Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG, Lübeck	16,0
5.	( 3.)	Lübecker Flender-Werke AG, Lübeck	15,0
6.	(10.)	Breitenburger Portland-Cement-Fabrik AG, Lägerdorf	12,0
7.	( 5.)	Schleswig-Holsteinische Westbank, Husum	11,4
8.	( 6.)	Kieler Verkehrs-AG, Kiel	10,5
9.	( 7.)	Wirtschaftsaufbaukasse Schleswig-Holstein AG, Kiel	10,0
10.	( 9.)	Peter Temming AG, Glückstadt	9,0
11.	(12.)	"National" Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Lübeck	7,5
12.	(13.)	Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft, Flensburg	6,6
	(14.)	Schleswig-Holsteinische Zucker AG, Schleswig	6,6
13.	(15.)	Handelsbank in Lübeck AG, Lübeck	5,6
14.	( —)	Nordfleisch AG, Schleswig	5,0
15.	(11.)	Emil Köster AG, Neumünster	4,0
	(15.)	Bartels-Langness AG, Kiel	4,0
	( —)	Lübecker Hypothekenbank AG, Lübeck	4,0
	( —)	Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hamburg und Kiel	4,0

Norddeutschen Lederwerke AG, Neumünster; das Unternehmen befindet sich in Liquidation.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung erhöhte sich in der Zeit vom 1. 1. 1965 bis zum 31. 12. 1967 um 27% auf 1 687. Ihr Anteil an der Gesamtheit der Kapitalgesellschaften stieg damit auf über 96%. Die Rechtsform der GmbH bietet gegenüber der Aktiengesellschaft erhebliche Vorteile besonders für Unternehmen mit geringer Kapitalausstattung. Die Voraussetzungen für die Gründung der Gesellschaft sind verhältnismäßig leicht zu erfüllen; es genügen bereits zwei Gesellschafter zur Gründung. Ferner bestehen keine detaillierten Veröffentlichungspflichten über den Geschäftserfolg (ausgenommen hiervon sind nur die Banken). Das Mindestkapital beträgt bei der Gründung unverändert seit dem Jahre 1926 nur 20 000 DM. Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß unter diesen Bedingungen die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung immer weiter zunimmt. Unter bestimmten Voraussetzungen ist diese Rechtsform auch für Personengesellschaften, ja sogar für Einzelfirmen attraktiv, da sie im Falle eines



wirtschaftlichen Zusammenbruchs die Haftung mit dem Privatvermögen ausschließt.

Das Stammkapital aller Gesellschaften erhöhte sich im Berichtszeitraum um fast 200 Mill. DM auf 662 Mill. DM. Das entspricht einer Zunahme um 41%. Im Durchschnitt betrug die Kapitalausstattung einer GmbH am Jahresende 1967 393 000 DM, die einer Aktiengesellschaft 5,6 Mill. DM. Die Veränderung des Stammkapitals ist im wesentlichen - wie bei den Aktiengesellschaften - auf durchgeführte Kapitalerhöhungen zurückzuführen. Hierbei sind insbesondere die Neugründung der Versorgung und Verkehr Kiel GmbH und deren Kapitalerhöhung auf 43,2 Mill. DM und die Kapitalaufstockung um 40 Mill. DM bei der General Foods GmbH, Elmshorn, zu erwähnen. Durch diese Erhöhungen ihres Stammkapitals sind die beiden Unternehmen zu den größten Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Schleswig-Holstein geworden.

Die übrigen kapitalwirksamen wesentlichen Veränderungen unter den größten Gesellschaften mbH seit 1964 beschränken sich auf den Abgang zweier Lübecker Unternehmen, der Metallhüttenwerke GmbH und der Lubecawerke GmbH. Die Gesellschaften wurden infolge Fusion bzw. Sitzverlegung in andere Länder des Bundesgebietes im Handelsregister des Amtsgerichts Lübeck gelöscht; gleichzeitig wurden die Einlagen in Höhe von 55 Mill. DM gestrichen. Hinsichtlich der Kapitalausstattung

der großen - in den Tabellen genannten - Unternehmen ist zwischen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mbH kein erheblicher Unterschied festzustellen. Sie verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf beide Rechtsformen.

Von den weiteren Veränderungen ist die Gründung, Umwandlung oder Fortsetzung von 470 neuen Gesellschaften mit beschränkter Haftung hervorzuheben. Der Sitz von 63 Gesellschaften wurde aus dem übrigen Bundesgebiet nach Schleswig-Holstein verlegt. Die Zugänge an Stammkapital sind hierdurch nicht allzu groß gewesen, wenn man sie mit dem Zugang durch Kapitalerhöhungen vergleicht. 60 Gesellschaften gingen in Liquidation; außerdem meldeten die Amtsgerichte 57 sonstige Abgänge. Hierunter befinden sich hauptsächlich Streichungen aus dem Handelsregister von Amts wegen. Die Veränderung des Stammkapitals durch diese Abgänge ist unbedeutend gewesen.

#### Kapitalgrößenklassen

Die Gliederung nach Größenklassen zeigt sowohl bei den Aktiengesellschaften wie auch bei den Gesellschaften mbH die erwartete verstärkte Konzentration des Kapitals in den großen Unternehmen. Die Aktiengesellschaften mit mehr als 10 Mill. DM Grundkapital vereinigten zum Jahresende 1967 mehr als zwei Drittel, die Gesellschaften mbH mit mehr als 10 Mill. DM Stammkapital mehr als ein Drittel der gesamten Kapitalausstattung von Unternehmen der jeweiligen Rechtsform auf sich. Die Konzentrationstendenz kommt bei den Aktiengesellschaften stärker zum Ausdruck, weil hier die Zahl der Kleinunternehmen schon immer gering war und weiter zurückgegangen ist. So verringerte sich in der Klasse von 200 000 bis 500 000 DM die Zahl der Gesellschaften von 17 auf 10; der Anteil des Grundkapitals am Gesamtkapital aller Aktiengesellschaften nahm dementsprechend um über die Hälfte ab.

Dagegen hat die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung während des Berichtszeitraumes in allen Kapitalgrößenklassen zugenommen. Hervor tritt insbesondere die starke Besetzung der niedrigsten Kapitalgrößenklassen. Am Jahresanfang 1965 betrug das Stammkapital von 66% aller Gesellschaften weniger als 50 000 DM. Bis zum Jahresende 1967 hat sich ihr Anteil sogar noch geringfügig auf 68% erhöht. Gleichzeitig nahm der Anteil des Stammkapitals, das von den Gesellschaften der niedrigsten Klasse gehalten wird, weiter ab. Die Verteilung des ausgewiesenen Nominalkapitals auf die Unternehmen ist dementsprechend bei den Gesellschaften mbH weitaus ungleichmäßiger als bei den Aktiengesellschaften.

Die größten Gesellschaften mbH mit Sitz in Schleswig-Holstein am 31. 12. 1967

Rangfolge 1967	1964		Stammkapital in Mill. DM
1.	(15.)	General Foods GmbH, Elmshorn	44,5
2.	-	Versorgung und Verkehr Kiel GmbH, Kiel	42,3
3.	( 1.)	CONDEA Petrochemie GmbH, Brunsbüttelkoog	40,0
4.	( 5.)	L. Possehl & Co. GmbH, Lübeck	30,0
5.	(11.)	Atlas-Mak Maschinenbau GmbH, Kiel	20,0
6.	( 6.)	Bohlen-Industrie GmbH, Glinde	20,0
7.	( 3.)	Paul Erasmi & Co. GmbH, Lübeck	17,0
8.	(10.)	Rockwell GmbH, Pinneberg	13,0
9.	( 7.)	Jurid-Werke GmbH, Glinde	10,6
10.	(13.)	"Hagenuk" vorm. Neufeldt & Kuhnke GmbH, Kiel	10,0
11.	( 8.)	OLEONAPHTA, Chemische Fabrik GmbH, Brunsbüttelkoog	9,0
12.	( 9.)	Hochseefischerei Kiel GmbH, Kiel	8,5
13.	(11.)	"Neue Heimat" Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungs- gesellschaft im Lande Schleswig- Holstein GmbH, Kiel	8,0
	(10.)	Dr. Bernhard Beyschlag, Apparatebau GmbH, Westerland	8,0
14.	-	Ibenca GmbH, Wedel	7,9
15.	(12.)	Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH, Kiel	6,8



## Die Kapitalgesellschaften nach der Höhe des Kapitals

Kapitalgrößenklasse	Aktiengesellschaften				Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
	31. 12. 1964		31. 12. 1967		31. 12. 1964		31. 12. 1967	
	Anzahl	Kapital in %	Anzahl	Kapital in %	Anzahl	Kapital in %	Anzahl	Kapital in %
bis 50 000 DM	—	—	—	—	869	4,4	1 140	4,0
über 50 000 " 100 000 DM	3	0,7	—	—	150	2,8	164	2,2
" 100 000 " 200 000 DM	5	0,3	6	0,3	84	2,9	97	2,4
" 200 000 " 500 000 DM	17	2,4	10	1,0	92	7,1	126	6,9
" 500 000 " 1 Mill. DM	12	3,7	12	2,8	51	8,6	61	7,3
" 1 Mill. " 3 " DM	16	12,2	16	8,3	45	16,7	61	18,0
" 3 " " 10 " DM	12	30,3	13	20,0	26	28,6	29	23,5
" 10 " DM	6	50,9	8	67,7	7	28,9	9	35,9
<b>Insgesamt</b>	<b>71</b>	<b>100</b>	<b>65</b>	<b>100</b>	<b>1 324</b>	<b>100</b>	<b>1 687</b>	<b>100</b>

### Wirtschaftliche Gliederung

Der kapitalintensivste Wirtschaftszweig unter den Aktiengesellschaften ist nach den oben ausführlich dargestellten Veränderungen während des Berichtszeitraumes die Energiewirtschaft geworden. Auf die zwei in dieser Wirtschaftsabteilung tätigen Unternehmen konzentrieren sich 40% des gesamten Grundkapitals. Erst an zweiter Stelle ist die Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes hervorzuheben. Auf diesen Wirtschaftszweig entfällt die größte Zahl der Unternehmen innerhalb einer Abteilung; die 26 Gesellschaften vereinigen 33% des gesamten Grundkapitals auf sich. Gegenüber dem Stand vom Jahresende 1964 hat es im verarbeitenden Gewerbe insgesamt keine wesentlichen Veränderungen gegeben. Grundkapital wie auch Zahl der Gesellschaften blieben der Höhe nach fast gleich. Ein erheblicher Anteil des Grundkapitals (17%) wird auch von den Kreditinstituten und vom Versicherungsgewerbe gehalten. Stark zurückgegangen ist die Zahl der Unternehmen in der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung, ohne daß hierdurch die Höhe des Grundkapitals beeinflusst worden ist.

Der erhebliche Zuwachs der Gesellschaften mbH und ihres Stammkapitals erstreckte sich während der Berichtszeit auf fast alle Wirtschaftsabteilungen. Der überwiegende Teil des Stammkapitals (52%) wird von den 582 Gesellschaften des verarbeitenden Gewerbes gehalten. Innerhalb dieser Wirtschaftsabteilung sind insbesondere die Nahrungs- und Genußmittelherstellung und der Maschinenbau von erheblichem Gewicht. Die Unternehmen im Dienstleistungsbereich haben nach 1964 besonders stark zugenommen. Ihre Zahl erhöhte sich von 274 auf

### Die Kapitalgesellschaften am 31. 12. 1967 in wirtschaftlicher Gliederung

Wirtschaftsabteilung	Aktien- gesellschaften		Gesellschaften mit beschränkter Haftung	
	Anzahl	Grund- kapital Mill. DM	Anzahl	Stamm- kapital Mill. DM
Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei	1	3,6	12	10,9
Energiewirtschaft, Wasser- versorgung, Bergbau	2	147,0	9	48,4
Verarbeitendes Gewerbe darunter	26	118,9	582	347,2
Maschinenbau	2	1,9	77	51,9
Schiffbau	4	60,6	10	9,3
Nahrungs- und Genußmittel	9	22,2	101	78,4
Baugewerbe	—	—	118	4,7
Handel	4	5,8	387	106,6
darunter Großhandel	4	5,8	279	95,3
Verkehr u. Nachrichten- übermittlung	11	19,9	130	19,2
Kreditinstitute und Versicherungs-Gewerbe	12	62,9	47	8,2
Dienstleistungen von Unter- nehmen und freien Berufen	9	6,9	402	116,9
<b>Insgesamt</b>	<b>65</b>	<b>365,0</b>	<b>1 687</b>	<b>662,2</b>

402 Gesellschaften. Gleichzeitig stieg das Stammkapital von 73 auf 117 Mill. DM. Die Unternehmen mit überwiegender Tätigkeit im Handel folgen auf dem dritten Platz. 387 Handelsgesellschaften waren am 31. 12. 1967 mit einem Kapital von 107 Mill. DM ausgestattet; etwa neun Zehntel der Stammeinlagen entfielen auf Unternehmen des Großhandels.

*Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer*

Vergleiche auch: "Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein", in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 164 (Juli) und "Zahl und Nominalkapital der Kapitalgesellschaften im Jahr 1967" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 154 (März)

**Erläuterungen:** Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

— = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt, Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos ... = Zahlenwert noch nicht bekannt



# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1968

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

### Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 487	2 476	2 478	2 482	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
*Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	1 654	1 687	1 216	2 049	1 501	...	...	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,1	6,4	9,7	7,4	...	...	...	...
*Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	2 867	3 779	3 694	4 205	3 919	...	...	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,2	19,5	20,0	19,2	...	...	...	...
*Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 463	2 308	2 528	2 494	...	...	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	11,9	12,2	12,0	12,2	...	...	...	...
*	darunter im ersten Lebensjahr	93	71	64	75	66	...	...	...	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	18,7	17,3	17,8	16,8	...	...	...	...
*Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 316	1 386	1 677	1 425	...	...	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,3	7,3	8,0	7,0	...	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
*Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 406	5 676	6 693	8 998	...	...	...	...
*Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 455	5 039	5 978	7 104	...	...	...	...
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	951	637	715	1 894	...	...	...	...
*Binnenwanderung <sup>4)</sup>		9 666	10 608	8 579	9 401	12 850	...	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	24 469	19 294	22 072	28 952	...	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	169	147	150	205	...	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
*Arbeitslose	1 000	50	22	34	29	25	32	30	24	18
darunter *Männer	1 000	31	16	27	22	18	24	23	18	12
Offene Stellen	1 000	5	10	10	12	11	9	11	14	14
darunter für Männer	1 000	3	4	4	4	4	3	4	6	6
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 129 <sup>a</sup>	1 395 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 <sup>a</sup>	513 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
*Schweine	1 000	1 279 <sup>a</sup>	1 752 <sup>a</sup>	.	1 661	.	.	.	1 726	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 <sup>a</sup>	180 <sup>a</sup>	.	175	.	.	.	176	.
darunter *trächtig	1 000	77 <sup>a</sup>	111 <sup>a</sup>	.	112	.	.	.	107	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren<sup>5)</sup></b>										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	29	21	24	25	25	22	23	25
*Kälber	1 000 St.	5	4	5	6	5	5	5	5	5
*Schweine	1 000 St.	81	167	157	160	161	178	178	184	181
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 <sup>b</sup>	11 <sup>c</sup>	17	11	8	24	20	14	8
*Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen <sup>6)</sup>	1 000 t	9,3	20,8	17,4	18,9	19,6	20,0	19,2	20,7	21,1
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,7	4,7	5,5	5,9	5,8	5,1	5,5	5,8
*Schweine	1 000 t	5,9	13,8	12,3	12,9	13,4	13,9	13,8	14,8	15,0
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder	kg	223	235	236	234	241	243	242	242	240
Kälber	kg	49	58	58	58	56	60	57	55	56
Schweine	kg	89	89	88	87	88	90	87	87	87
<b>Milcherzeugung</b>										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	178	169	216	228	176	179	224	235
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	90	89	89	91	89	90	91	92
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	11,8	13,6	14,9	11,1	12,0	14,1	15,3

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59=25 c) Winterhalbjahr 1967/68=18



noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie <sup>7)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	171	173	171	170	170	171	...	...
darunter *Arbeiter <sup>8)</sup>	1 000	136	132	133	131	131	129	130	...	...
*Geleistete Arbeiterstunden <sup>9)</sup>	1 000	24 439	21 114	20 690	21 629	20 856	21 758	21 643	...	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	102,5	91,8	100,4	94,5	100,5	97,2	...	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	43,7	41,5	42,3	42,1	44,2	44,4	...	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>10)</sup>	74	43	41	43	45	38	36	...	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm <sup>3</sup>	11 858	10 901	9 172	10 505	10 901	9 220	9 526	...	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	79	73	82	83	85	82	...	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	128	118	125	128	129	131	...	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	40	36	39	40	40	36	...	...
*Umsatz <sup>11)</sup>	Mill. DM	479	813	731	782	817	752	798	...	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	107	108	83	92	81	82	...	...
Produktionsindex	1958=100	100	p 142	136	141	145	131	144	...	...
Steine und Erden		100	p 159	99	134	165	73	115	...	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	p 117	118	110	120	129	129	...	...
Schnittholz und Sperrholz		100	p 90	82	94	95	63	89	...	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	p 136	135	129	141	146	152	...	...
Gummi- und Asbestwaren		100	p 190	199	162	214	191	234	...	...
Wasserfahrzeuge		100	p 86	94	90	96	92	97	...	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	p 135	131	134	157	113	112	...	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	p 144	130	115	140	124	149	...	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	p 189	148	176	194	195	213	...	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	p 178	176	170	175	174	185	...	...
Leder		100	p 16	25	22	20	11	14	...	...
Schuhe		100	p 82	87	92	91	82	86	...	...
Textilien		100	p 82	64	81	91	82	99	...	...
Bekleidung		100	p 110	124	124	124	109	125	...	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	p 191	228	163	168	212	230	...	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	p 151	168	146	157	169	157	...	...
Milcherzeugnisse		100	p 149	142	181	194	150	164	...	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	p 135	94	123	138	78	95	...	...
<b>Handwerk (Meßziffern) <sup>12)</sup></b>										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	97	.	95	.	Dez. 97	.	...	.
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	.	125	.	106	.	144	.	...	.
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	129	.	111	.	150	.	...	.
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	156	160	189	181	227	177	...	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	322	311	327	309	389	358	...	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	24	28	27	24	28	25	...	...

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschließlich gewerblicher Lehrlinge 9) einschließlich Lehrlingsstunden

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzügl. Umsatzsteuer 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe



noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe <sup>13)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)		55 228	60 744	55 628	57 861	59 283	59 290	58 438	59 540	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	8 644	5 908	8 163	8 782	5 416	6 269	7 359	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 930	2 762	3 870	4 121	2 551	2 737	3 263	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 295	2 193	3 012	3 271	1 907	2 359	2 781	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	46,8	30,3	43,2	45,6	31,6	34,9	40,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,3	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	152,9	101,9	107,7	120,8	71,9	62,4	69,9	...
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	834	744	794	958	471	...	...	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	148	80	137	128	119	...	...	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	126,1	90,5	112,1	181,1	75,3	...	...	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,5	75,9	83,9	134,4	45,6	...	...	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 279	899	1 159	1 674	907	...	...	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	842	704	776	1 226	402	...	...	...
*Wohnungen		2 109	2 321	1 987	2 097	3 712	1 106	...	...	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 070	1 748	1 838	3 461	956	...	...	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen		1 533	2 391	1 033	962	1 200	...	...	...	...
Wohnräume <sup>14)</sup>		6 064	10 512	3 999	4 274	5 064	...	...	...	...
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost</b>										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	850	826	432	852	1 150	648	1 096	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 064	748	562	1 032	94	461	1 019	...
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	24 194	22 591	20 503	22 327	19 115	21 041	21 823	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	32 465	28 052	32 306	28 891	38 373	35 872	39 347	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	128,4	116,6	111,2	135,0	119,9	136,6	148,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	13,0	10,0	10,6	11,3	16,3	16,9	17,8	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	115,4	106,0	100,7	123,7	103,6	119,7	130,8	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,8	4,1	4,1	4,0	3,2	3,9	4,2	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	10,1	7,0	10,7	10,9	13,4	9,0	14,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	101,5	95,5	85,8	108,9	87,0	106,8	112,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	9,0	8,5	7,0	9,1	9,0	8,8	9,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	92,5	87,0	78,8	99,7	78,0	98,0	102,6	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	37,1	32,5	34,7	36,6	45,8	40,6	48,4	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	10,3	9,4	10,2	10,5	9,3	12,7	10,7	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	13,7	11,6	12,0	12,5	22,4	13,4	18,0	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,7	50,9	33,3	60,5	32,9	36,1	60,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,2	6,3	8,0	9,3	11,5	9,0	14,8	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,7	5,0	4,6	5,0	5,4	11,3	5,7	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	8,6	24,9	3,6	3,1	2,2	2,1	23,2	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,4	4,8	5,6	33,8	5,6	5,2	6,3	...
<b>Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	p 169	64	93	102	p 57	p 63	p 78	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	p 20	5	13	13	p 5	p 6	p 8	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	p 1 240	200	318	334	p 181	p 195	p 261	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	p 40	10	23	23	p 10	p 11	p 14	...

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht  
 14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet



noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	126	237	208	243	228	216	236	237	...
*Güterversand	1 000 t	195	374	282	329	385	248	330	310	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 033	4 227	6 880	6 120	2 723	4 407	6 599	...
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)		227	13	11	19	20	3	5	17	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 962	3 398	5 629	4 948	2 073	3 637	5 413	...
*Kombinationskraftwagen		175	393	352	445	446	231	311	500	...
*Lastkraftwagen		293	348	241	410	400	262	329	444	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 191	788	951	1 109	870	949	p 1 051	p 1 035
*Getötete Personen		40	62	48	33	51	40	50	p 54	p 51
*Verletzte Personen		1 130	1 604	1 012	1 274	1 478	1 194	1 267	p 1 462	p 1 382
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>										
*Kredite an Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 <sup>d</sup>	9 685 <sup>d</sup>	9 072	9 185	9 211	9 592	9 656	9 738	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 <sup>d</sup>	2 312 <sup>d</sup>	2 108	2 188	2 183	2 179	2 204	2 259	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 <sup>d</sup>	2 290 <sup>d</sup>	2 084	2 173	2 155	2 154	2 166	2 237	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 <sup>d</sup>	7 373 <sup>d</sup>	6 964	6 997	7 029	7 413	7 453	7 479	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 <sup>d</sup>	6 237 <sup>d</sup>	5 950	5 979	5 001	6 239	6 276	6 298	...
*Einlagen von Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 <sup>d</sup>	6 461 <sup>d</sup>	5 733	5 720	5 828	6 440	6 547	6 608	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 <sup>d</sup>	2 303 <sup>d</sup>	1 965	1 924	2 009	2 221	2 272	2 310	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	857 <sup>d</sup>	1 874 <sup>d</sup>	1 619	1 573	1 624	1 856	1 842	1 833	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 <sup>d</sup>	4 158 <sup>d</sup>	3 768	3 796	3 818	4 219	4 275	4 298	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 <sup>d</sup>	2 710 <sup>d</sup>	2 474	2 493	2 507	2 742	2 780	2 796	2 808
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	858 <sup>d</sup>	768	773	777	876	885	...	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	194	165	165	155	292	198	...	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	153	119	137	133	234	142	...	...
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	10	5	7	11	17	19	11	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	2	3	1	1	2	3	...
Wechselproteste	Anzahl	636	819	746	845	840	745	638	...	...
	Wert	1 000 DM	465	1 021	873	1 119	737	719	...	...
<b>Steuern</b>										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	88 247	61 054	130 126	55 311	75 646	68 437	140 001	57 378
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	4 369	9 244	1 483	1 028	367	9 823	581	566
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	10 302	9 254	11 619	11 066	13 735	10 285	11 373	12 273
*Biersteuer	1 000 DM	420	816	750	548	566	756	782	558	609
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	67 843	35 552	111 464	38 127	55 219	40 710	122 659	38 808
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	163 523	133 338	175 880	137 127	154 734	131 995	176 088	127 361
darunter										
*Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	1 000 DM	28 688	52 109	46 057	41 355	49 118	73 854	30 706	14 614	23 888
*Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	3 113	5 089	6 415	1 433	3 997	5 655	8 732	11 330	12 650
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 557	1 250	1 378	1 443	1 037	134	61	54
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 051	4 940	6 210	6 159	6 965	4 900	6 882	5 743
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 358	58 872	53 796	60 040	54 016	34 792	63 514	67 828	62 030
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	39 604	35 750	34 571	35 050	13 456	41 104	38 065	37 873
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	39 844	20 880	65 463	22 392	32 430	23 909	72 038	22 792
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	2	0	1	2	1	1	0	0
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	4 745	8 433	2 128	2 497	2 454	9 002	1 916	2 485
*Steuern vom Einkommen <sup>16)</sup>	1 000 DM	37 688	107 687	56 432	176 927	60 519	87 648	64 619	194 696	61 599
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	51 319	40 173	31 770	40 030	72 555	52 608	40 171	43 974
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	46 019	11 048	117 637	18 885	13 631	10 160	120 748	14 105
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	1 148	1 338	548	486	1 239	282	873	349
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 202	3 873	26 972	1 118	223	1 568	32 905	3 172

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschließlich durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten



Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
				Monats-Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
<b>noch: Steuern</b>										
<b>Gemeindesteuereinnahmen <sup>17)</sup></b>										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 <sup>+</sup>	105 039 <sup>+</sup>	.	106 789 <sup>e</sup>	.	.	.	104 294 <sup>e</sup>	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 <sup>+</sup>	7 175 <sup>+</sup>	.	7 247 <sup>e</sup>	.	.	.	7 272 <sup>e</sup>	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 <sup>+</sup>	17 664 <sup>+</sup>	.	18 758 <sup>e</sup>	.	.	.	19 504 <sup>e</sup>	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 <sup>+</sup>	72 078 <sup>+</sup>	.	72 115 <sup>e</sup>	.	.	.	69 093 <sup>e</sup>	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 <sup>+</sup>	8 121 <sup>+</sup>	.	8 669 <sup>e</sup>	.	.	.	8 425 <sup>e</sup>	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 <sup>+</sup>	7 956 <sup>+</sup>	.	6 875 <sup>e</sup>	.	.	.	8 279 <sup>e</sup>	.
<b>Preise</b>										
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet</b>										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	105,9	106,2	106,1	105,2	106,4	107,0	107,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	.	106,9	107,1	106,9	106,8	106,1 <sub>f</sub>	106,3 <sub>f</sub>	106,1 <sub>f</sub>	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	104,0	106,4	105,5	103,6	101,0 <sub>f</sub>	101,5 <sub>p</sub>	101,4 <sub>f</sub>	...
<b>Erzeugerpreise</b>										
industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9 <sup>h</sup>	105,5	105,4	104,7	99,7 <sub>f</sub>	99,8 <sub>f</sub>	99,6 <sub>f</sub>	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 <sub>g</sub>	109,3 <sup>h</sup>	109,8	108,7	106,5	99,0 <sub>p</sub>	97,9 <sub>p</sub>	98,3 <sub>f</sub>	...
<b>Preisindex für Wohngebäude</b>										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	115,9	117,3	.	.	.	.	.	...
<b>Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)</b>										
Einzelhandelspreise	1962/63=100	90,8 <sub>g</sub>	109,9 <sup>h</sup>	110,7	110,9	111,1	105,0 <sub>f</sub>	104,8 <sub>f</sub>	105,0 <sub>f</sub>	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>18)</sup>	1958=100 <sup>i</sup>	100	120	120	120	120	120	120	120	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>18)</sup>	1962=100	92,7	114,4	114,2	114,3	114,5	115,7	115,6	115,7	115,7
<b>darunter</b>										
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	112,1	112,4	112,8	111,8	111,3	111,2	...
Kleidung, Schuhe		.	112,1	112,1	112,2	112,2	111,9	111,9	111,9	...
Wohnungsmieten		.	138,2	135,8	136,0	137,4	142,8	144,0	145,0	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	108,5	109,7	109,4	106,0	116,4	117,2	117,0	...
Übrige Waren u. Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,6	108,6	108,5	108,2	108,2	108,2	...
<b>Löhne und Gehälter <sup>19)</sup></b>										
<b>Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau</b>										
<b>Bruttowochenverdienste</b>										
*männlich	DM	117	223	.	.	222	221	.	.	...
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	.	233	233	.	.	...
*weiblich	DM	68	135	.	.	134	136	.	.	...
<b>Bruttostundenverdienste</b>										
*männlich	DM	244	5,03	.	.	5,00	5,04	.	.	...
darunter Facharbeiter	DM	259	5,33	.	.	5,28	5,34	.	.	...
*weiblich	DM	153	3,37	.	.	3,37	3,37	.	.	...
<b>Bezahlte Wochenarbeitszeit</b>										
*männlich	Std.	47,9	44,1	.	.	44,3	43,8	.	.	...
*weiblich	Std.	44,2	40,1	.	.	39,7	40,5	.	.	...
<b>Geleistete Wochenarbeitszeit</b>										
*männlich	Std.	44,5	42,0	.	.	42,8	40,8	.	.	...
*weiblich	Std.	41,4	38,3	.	.	38,6	37,8	.	.	...
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>										
<b>in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau</b>										
<b>kaufmännische Angestellte</b>										
*männlich	DM	588	1 155	.	.	1 152	1 188	.	.	...
*weiblich	DM	382	752	.	.	748	770	.	.	...
<b>technische Angestellte</b>										
*männlich	DM	697	1 243	.	.	1 241	1 254	.	.	...
*weiblich	DM	403	773	.	.	768	790	.	.	...
<b>in Handel, Kredit und Versicherungen</b>										
<b>kaufmännische Angestellte</b>										
*männlich	DM	540	1 001	.	.	991	1 032	.	.	...
*weiblich	DM	331	621	.	.	614	664	.	.	...
<b>technische Angestellte</b>										
männlich	DM	497	1 130	.	.	1 109	1 133	.	.	...
weiblich	DM	(259)	.	.	.	.	.	.	.	...
<b>in Industrie und Handel zusammen</b>										
<b>kaufmännische Angestellte</b>										
*männlich	DM	554	1 048	.	.	1 040	1 079	.	.	...
*weiblich	DM	347	658	.	.	652	695	.	.	...
<b>technische Angestellte</b>										
*männlich	DM	685	1 234	.	.	1 231	1 244	.	.	...
*weiblich	DM	391	771	.	.	769	790	.	.	...

\* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschließlich Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.1. - 31.3. f) ohne Mehrwertsteuer

g) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni)

h) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni)

i) Umbasierung der Originalreihe 1950=100



# Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen <sup>1)</sup>				Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2)</sup>			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbli. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	Auslands-gäste
	Mill. DM								in 1 000			
1962	27	24	52	716	980	237	434	914	1 649	196	10 310	396
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479

Jahr	Kfz-Bestand am 1.7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen am 31.12. in <sup>4)</sup> Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw <sup>3)</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1962	379	48	245	33	12 968	641	16 832	2 018	74,0	.	.	9,5
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	38,9	36,2	12,5
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	...	13,5

Jahr	Steuereinnahmen						Steuern vom Einkommen <sup>5)</sup>		Neuverschuldung <sup>6)</sup>			
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden	insgesamt	Lohnsteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände		
	insgesamt	Umsatzsteuer	Verbrauchssteuern	insgesamt	aus Steuern vom Einkommen	insgesamt				Gewerbesteuer	insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1962	1 554	510	618	728	577	348	238	888	369	1 513	809	522
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971
1967	1 962	686	706	1 059	814	452	321	1 292	616	2 136	1 429	1 074

Jahr	Preisindices				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung <sup>7)</sup> 1962=100	Industriearbeiter <sup>9)</sup>		Angest. in Industrie <sup>9)</sup> u. Handel		öffentlicher Dienst			
	industrieller Produkte 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte <sup>8)</sup> 1961/63 =100			insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt <sup>10)</sup>	
			Männer	Frauen			Kaufmännische Angestellte		Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
	DM											
1962	100	100,8	100	100	100	163	98	756	466	912	1 045	692
1964	101,6	107,2	110,0	105,4	105,0	187	113	865	536	1 048	1 165	783
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	r 1 298	r 922
1967	104,9	...	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 234	1 298	922

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschließlich Umbau ganzer Gebäude 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres) 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) ohne Postspareinlagen 5) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten 6) ohne Kassenkredite 7) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinvertienenden Haushaltsvorstandes 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind



# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT  Kreis	Bevölkerung am 31.12.1967			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1968 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- oder Sterbe- überschuß (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>2)</sup>	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	96 243	- 0,2	- 0,5	27	- 233	- 206	30	-	41
KIEL	269 626	- 0,1	- 0,2	58	- 336	- 278	104	2	120
LÜBECK	242 677	+ 0,0	+ 0,0	30	- 2	28	96	4	119
NEUMÜNSTER	73 157	- 0,0	- 1,1	40	- 73	- 33	32	-	45
Eckernförde	72 863	+ 0,2	+ 2,4	51	60	111	29	-	43
Eiderstedt	19 775	- 0,4	+ 0,4	14	- 57	- 71	10	1	12
Eutin	95 138	- 0,0	+ 1,0	39	- 63	- 24	43	1	56
Flensburg-Land	72 485	+ 0,1	+ 2,1	71	6	77	31	3	39
Hzgt. Lauenburg	140 856	- 0,0	+ 1,0	17	- 26	- 9	42	5	57
Husum	66 065	+ 0,1	+ 0,6	57	7	64	28	2	35
Norderdithmarschen	61 395	-	+ 2,1	38	- 38	-	23	1	31
Oldenburg in Holstein	86 333	- 0,1	+ 1,4	42	- 136	- 94	41	2	72
Pinneberg	259 360	+ 0,0	+ 1,7	96	- 39	57	104	7	134
Plön	117 609	+ 0,0	+ 0,8	62	- 36	26	45	2	71
Rendsburg	165 613	+ 0,1	+ 0,8	45	89	134	78	2	104
Schleswig	100 849	+ 0,1	+ 1,3	35	54	89	33	2	47
Segeberg	111 664	+ 0,3	+ 3,2	28	274	302	63	7	88
Steinburg	128 476	+ 0,0	+ 1,1	30	12	42	68	3	90
Stormarn	175 409	+ 0,3	+ 3,6	58	419	477	81	6	108
Süderdithmarschen	73 535	- 0,0	- 0,4	13	- 35	- 22	23	1	30
Südtondern	70 602	- 0,2	+ 2,4	38	- 178	- 140	31	-	40
Schleswig-Holstein	2 499 730	+ 0,0	+ 1,1	861	- 331	530	1 035	51	1 382

KREISFREIE STADT  Kreis	Industrie <sup>3)</sup>				Kraftfahrzeug- bestand am 1.1.1968		Pkw <sup>5)</sup> je 1 000 Einwohner am 1.7.1967
	Betriebe am 29.2.1968	Beschäftigte		Umsatz <sup>4)</sup> im Februar 1968 in Mill. DM	ins- gesamt	Pkw <sup>5)</sup>	
		Anzahl am 29.2.1968	je 1 000 Einwohner am 31.12. 1967				
FLensburg	67	6 518	68	47	19 605	17 371	176
KIEL	166	30 393	113	103	55 066	48 763	177
LÜBECK	146	31 130	129	89	45 899	39 827	161
NEUMÜNSTER	61	9 968	132	26	15 242	13 321	180
Eckernförde	35	1 716	23	6	17 976	13 460	180
Eiderstedt	9	403	21	1	5 054	3 727	182
Eutin	49	3 650	38	15	21 886	17 501	179
Flensburg-Land	33	884	11	5	20 818	15 237	206
Hzgt. Lauenburg	95	8 246	59	26	33 514	26 297	181
Husum	24	1 230	18	7	17 098	12 427	187
Norderdithmarschen	33	1 462	24	3	15 281	11 223	181
Oldenburg in Holstein	29	1 432	17	12	19 810	14 688	166
Pinneberg	260	24 496	88	124	58 710	49 557	187
Plön	55	2 519	22	11	28 699	21 807	181
Rendsburg	102	8 835	53	21	40 652	30 757	181
Schleswig	42	3 332	33	31	26 263	19 436	188
Segeberg	93	5 577	49	24	31 096	23 096	202
Steinburg	92	10 180	78	41	29 705	22 720	173
Stormarn	134	14 056	78	112	42 916	35 547	197
Süderdithmarschen	38	4 175	57	40	18 667	13 616	179
Südtondern	13	954	14	7	17 828	13 472	183
Schleswig-Holstein	1 576	171 156	68	751	581 785	463 850	181

1) nach dem Gebietsstand vom 31.12.1967

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung)

4) ohne Umsatz in Handelsware

und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11



# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31.12.1967			Offene Stellen am 31.3.1968 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31.1.1968 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im März 1968			*Ernten und Erträge 1967			
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1961	31.12.1966						1 000 t	dz je ha	1 000 t	dz je ha
		in %										
Schleswig-Holstein	2 500	+ 7,9	+ 1,1	14	12	224	90,7	14,1	1 407	35,2	515	292,5
Hamburg	1 833	+ 0,0	- 0,8	15	23	2	86,0	14,2	16	33,3	11	287,1
Niedersachsen	6 993	+ 5,3	+ 0,4	40	53	419	87,6	13,0	3 969	36,3	4 883	323,9
Bremen	752	+ 6,4	+ 0,3	4	4	2	77,1	12,5	6	30,8	6	249,1
Nordrhein-Westfalen	16 843	+ 5,9	+ 0,0	110	282	306	90,1	12,5	3 015	38,1	2 109	310,8
Hessen	5 263	+ 9,3	+ 0,4	39	106	128	79,2	10,8	1 401	35,4	1 743	298,6
Rheinland-Pfalz	3 625	+ 6,1	+ 0,4	17	29	94	74,4	10,3	1 323	37,0	1 627	298,6
Baden-Württemberg	8 566	+ 10,4	+ 0,4	83	239	236	74,6	9,2	2 040	36,9	2 896	298,5
Bayern	10 280	+ 8,0	+ 0,6	69	127	547	77,1	9,0	4 520	35,0	7 257	288,3
Saarland	1 131	+ 5,5	- 0,1	2	14	11	75,8	11,2	129	32,4	241	295,5
Berlin (West)	2 163	- 1,6	- 1,0	18	16	1	22,4	14,5	3	29,1	6	200,8
Bundesgebiet	59 949	+ 6,7	+ 0,3	412	903	1 970	82,6	10,8	17 830	36,2	21 294	301,2

Land	Industrie <sup>1)</sup>					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Dezember 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im Dezember 1967		Produktionsindex <sup>2)</sup> 1958=100 im Februar 1968	Beschäftigte am 31.12.1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31.12.1967	je 1 000 Einw. am 31.12.1967	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	169	68	923	13	144	62	25	27 856	11,1	28 694	11,5
Hamburg	197	108	1 611	14	.	44	24	15 509	8,5	18 003	9,8
Niedersachsen	698	100	3 547	22	.	177	25	58 914	8,4	65 791 <sup>a)</sup>	9,4
Bremen	93	123	710	12	.	21	27	6 006	8,0	7 100 <sup>a)</sup>	9,4
Nordrhein-Westfalen	2 505	149	11 873	19	.	380	23	136 959	8,1	145 176	8,6
Hessen	667	127	2 903	22	170	137	26	50 184	9,5	59 824	11,4
Rheinland-Pfalz	359	99	1 892	24	243	88	24	30 000	8,3	29 592	8,2
Baden-Württemberg	1 409	165	5 985	19	.	214	25	82 116	9,6	87 756	10,2
Bayern	1 231	120	4 918	17	.	265	26	93 509	9,1	104 455	10,2
Saarland	150	133	512	29	.	24	21	6 068	5,4	7 499	6,6
Berlin (West)	246	114	1 180	15	.	47	22	25 631	11,8	18 411	8,5
Bundesgebiet	7 724	129	36 054	19	.	1 457	24	532 752	8,9	572 301 <sup>a)</sup>	9,5

Land	Straßenverkehrsunfälle <sup>3)</sup> mit Personenschaden im Februar 1968				Bestand an Spar-einlagen <sup>4)</sup> am 29.2.1968 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 4. Vj. 1967			*Bruttoinlandsprodukt 1967 (vorläufiges Ergebnis)					
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- <sup>5)</sup>	Bundes- <sup>5)</sup>	Gemeinde-	Mrd. DM	DM je Einw.	Anteil des produzierenden Gewerbes in % <sup>6)</sup>			
												steuern in DM je Einw.		
Schleswig-Holstein <sup>1)</sup>	949	50	1 267	139	1 710	115	214	45	17,3	6 947	52,4			
Hamburg	829	26	1 111	137	3 276	321	1 366	77	26,4	14 341	36,4			
Niedersachsen	2 586	126	3 463	139	2 115	127	204	51	48,6	6 961	55,3			
Bremen	235	6	285	124	2 416	217	642	78	7,8	10 374	40,1			
Nordrhein-Westfalen	6 330	319	8 335	137	2 496	170	275	59	141,1	8 381	55,1			
Hessen	1 934	76	2 732	145	2 540	181	225	66	44,9	8 552	49,9			
Rheinland-Pfalz	1 387	99	1 937	147	2 087	117	192	49	25,0	6 896	57,6			
Baden-Württemberg	2 876	157	4 152	150	2 528	180	251	68	71,0	8 307	58,5			
Bayern	3 317	183	4 626	145	2 410	146	212	55	75,8	7 389	55,7			
Saarland	395	14	520	135	1 897	107	157	36	7,4	6 545	56,5			
Berlin (West)	780	25	987	130	1 844	111	510	67	19,2	8 831	51,8			
Bundesgebiet	21 618	1 081	29 415	141	2 376	160	286	59	484,4	8 090	53,9			

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt  
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Energieversorgung und Bauindustrie 2) ohne Bau und ohne Energie, arbeitstätig 3) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 4) ohne Postspareinlagen 5) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten 6) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei a) vorläufige Ergebnisse



## Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

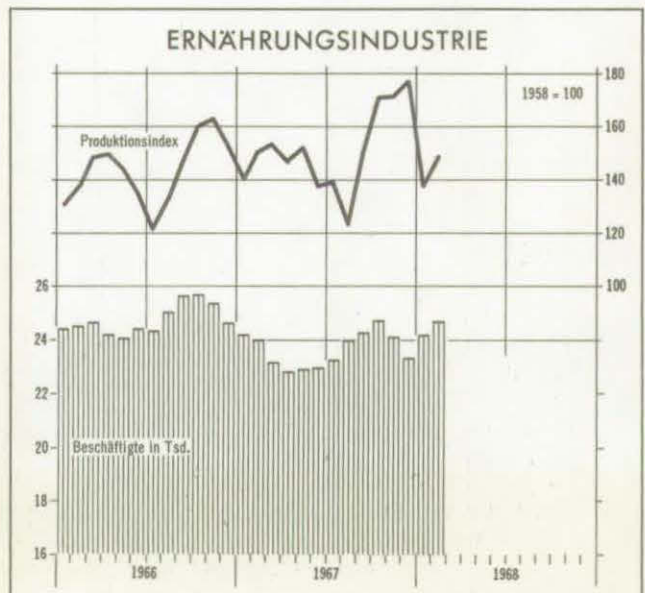
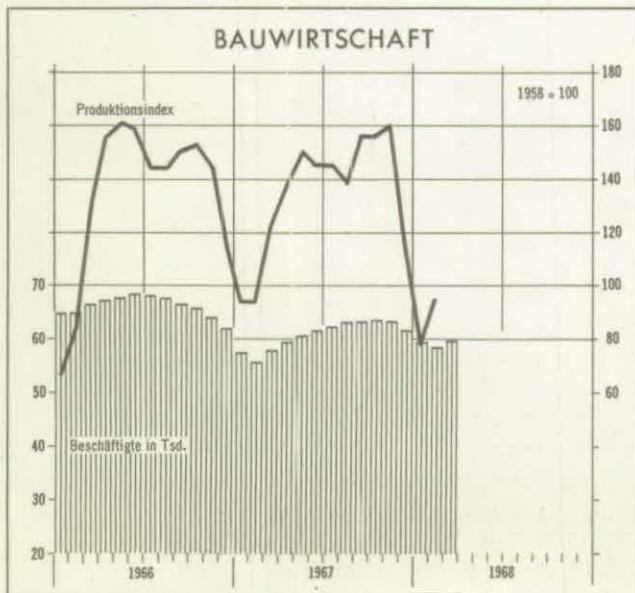
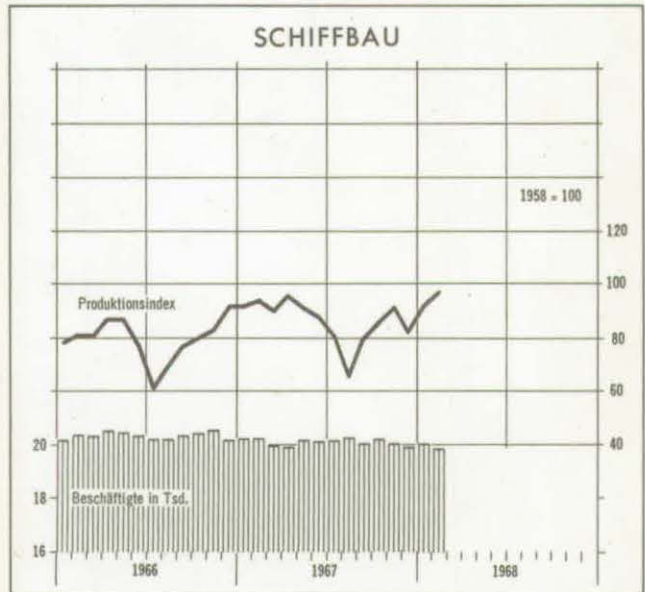
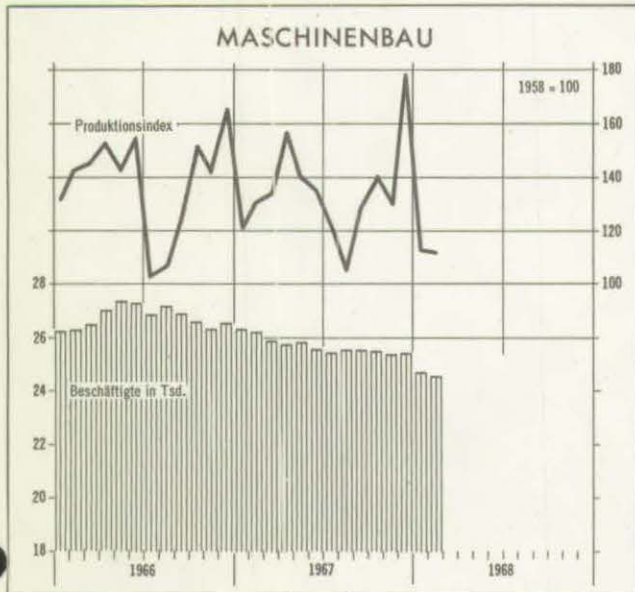
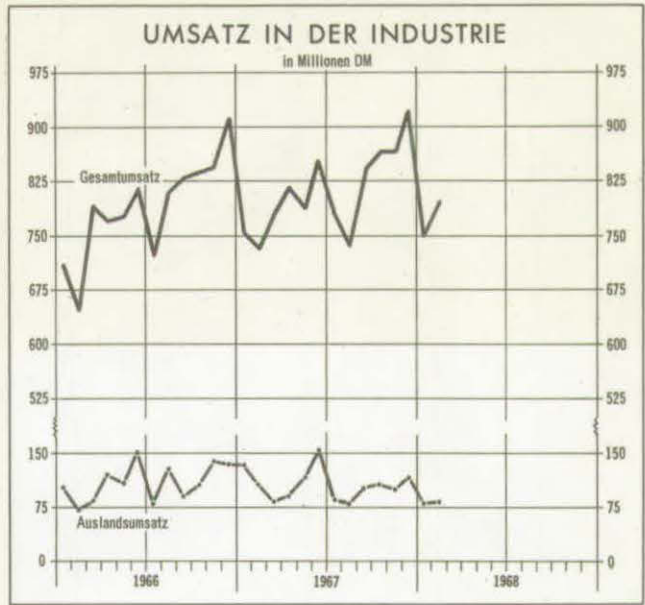
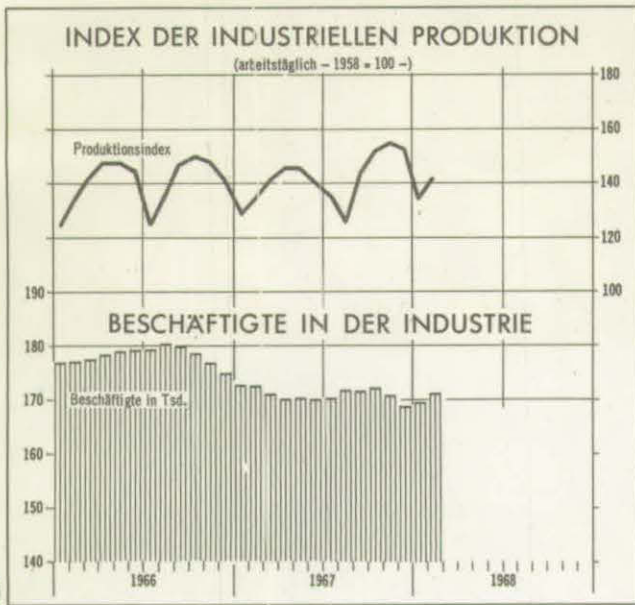
Heft/Seite

Bevölkerungsbewegung	
Wanderungen 1966	4/75
Gesundheitswesen	
Krankenhäuser 1966	3/55
Unterricht, Bildung und Kultur	
Schülerzahlen, Entwicklung der — Volkshochschulen	5/99 3/51
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Anbau und Ernte 1967	4/80
Baumschulen	2/42
Geflügelwirtschaft	5/107
Gemüseanbau	2/47
Kartoffeln	1/7
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	2/32
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)	3/57
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr 1967	3/64
Öffentliche Finanzen	
Gemeindesteuern 1967	3/69
Landeshaushalt 1966	4/85
Löhne und Gehälter 1965	1/19
Steueraufkommen 1967	2/46
Umsätze in freien Berufen	3/71
Preise	
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex —	1/14
Löhne und Gehälter	
Arbeitszeiten Industrie	5/114
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)	5/118
Versorgung und Verbrauch	
Arbeitnehmerfamilien, Verbrauch in —	4/91
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt 1966	2/27

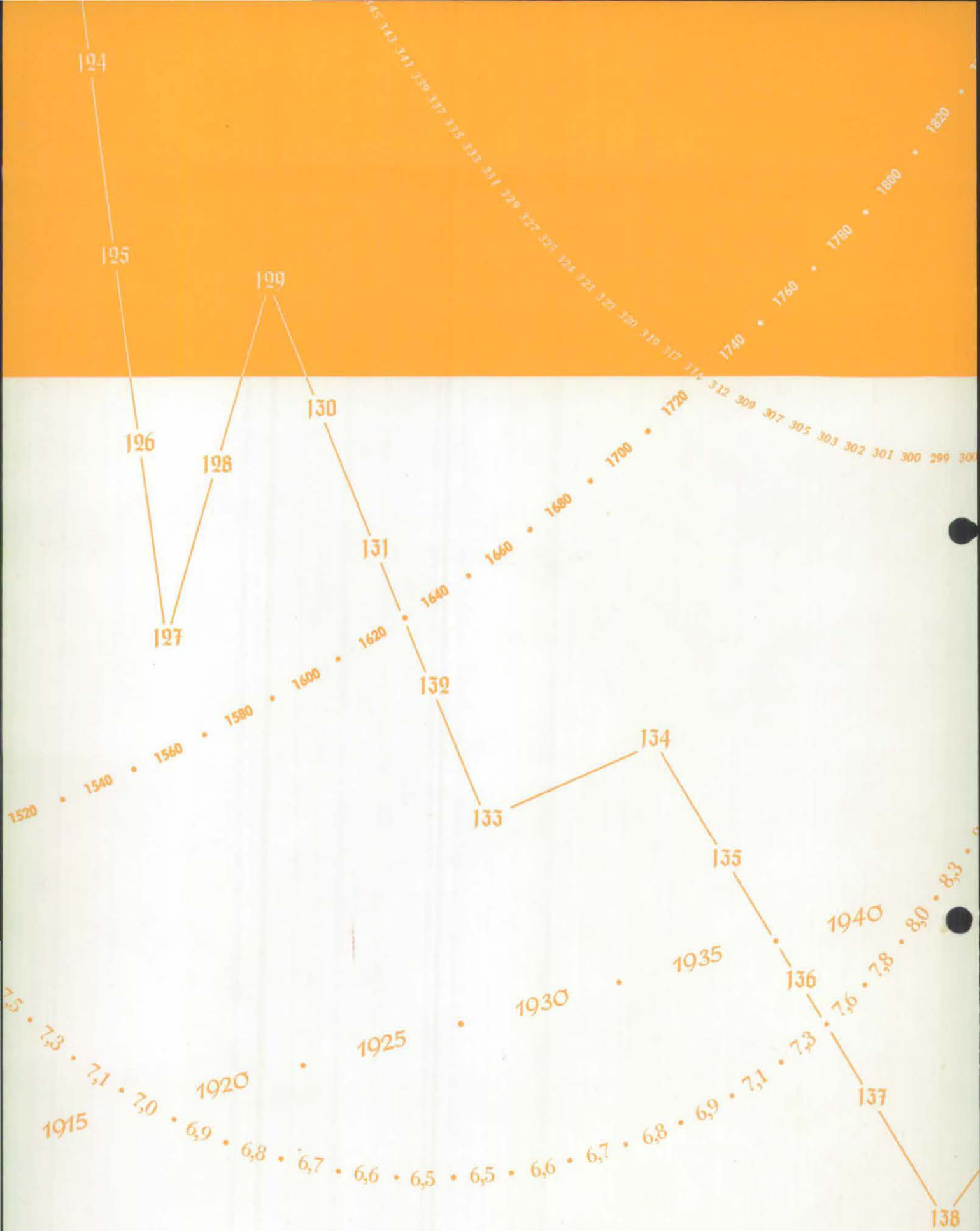


# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.







Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheja

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen